

in denen sie die Anstifter dieser Aktionen vermutete, ein. Besondere Gesetze, die sog. „criminal syndicalism“¹⁾ wurden von den einzelnen Staaten, in erster Linie im Westen des Landes zu dem ausgesprochenen Zweck erlassen, eine leichtere Handhabe zu besitzen, um gegen die I. W. W. vorgehen zu können²⁾. Die Zahl der Verhaftungen ging in die Tausende; die Hauptführer (Haywood, St. John) kamen ins Gefängnis.

Auch in jüngster Zeit änderte sich im Grunde in der Taktik der I. W. W. nur wenig. Die Führer legen das Hauptgewicht auf das wirtschaftliche Kampfmittel des organisierten Streiks, die gewerkschaftlichen Massen ergreifen jede Gelegenheit, um den Wirtschaftsprozess zu stören und Staat und Unternehmerschaft in steter Unruhe zu halten. Immer wieder versuchen sie z. B. trotz des behördlichen Verbotes, Zeitungen und Flugschriften der I. W. W. öffentlich zu vertreiben, Reden und Versammlungen auf der Straße abzuhalten, um so die Polizei zum Einschreiten zu zwingen. Denn den Klassenkampf durch Wort und Tat zu verschärfen ist nach wie vor die Losung der I. W. W.³⁾

¹⁾ Criminal syndicalism is the doctrine which advocates crime, sabotage, violence or other unlawful methods of terrorism as a means of accomplishing industrial or political reform. The advocacy of such doctrine, whether by word of mouth or writing, is a felony punishable as in this Act otherwise provided.“ (Section I of the „Criminal Syndicalism“ Acts of the State of Idaho, zitiert nach Brissenden, I. W. W., a. a. O., Appendix X, S. 383).

²⁾ Vgl. „The American Labor Year Book“ 1919—1920, a. a. O., S. 91 ff. — Ähnliche Gesetze bestanden in Australien während des Krieges unter dem Namen „Unlawful association's Acts“. Ihre strenge Handhabung hatte — glaubt man den Darlegungen der Industrial Workers — zur unmittelbaren Folge, daß die australische I. W. W., die dort seit 1913 bestand, sich 5 Jahre später wieder als offizielle Organisation auflösen mußte. (Vgl. „Industrial Pioneer“. Chicago. April 1921, S. 43.)

³⁾ Über die Stellung der I. W. W. zur roten Internationale und zu den Syndikalisten vgl. Nachwort.

2. Kapitel:

Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.

I. Die Opposition innerhalb der „Freien Gewerkschaften“ in den letzten Jahren.

Wenn im folgenden die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in Deutschland geschildert, die Ziele, die sie erstrebt, und die besonderen Organisationsformen, die sie augenblicklich angenommen hat, dargestellt werden, so erübrigt sich gerade für dieses Land ein besonderer historischer Überblick über die Gewerkschaftsbewegung. Arbeiten wie die von Kulemann, Heilborn, Nestriepke¹⁾ haben das Ringen der verschiedenen Strömungen innerhalb der „Freien Gewerkschaften“ — und nur um diese handelt es sich im folgenden — bis zum Kriege eingehend untersucht. Nur das sei hier kurz angedeutet, daß gleich bei der Gründung des Gewerkschaftsverbandes im Jahre 1868 Gruppen vorhanden waren, die auf Grund ihrer ganz anderen Auffassung vom Wesen und den Aufgaben der Gewerkschaft das zentralistische Organisationsprinzip für sich ablehnten und eine föderative, auf lokaler Grundlage aufgebaute Organisation erstrebten. Diese „Lokalisten“, die 1877 ihren ersten Kongreß in Halle abhielten, sich später „Freie Vereinigung der deutschen Gewerkschaften“ nannten, bildeten die Kerntruppe jener revolutionären Arbeiter Deutschlands, die, unter dem Namen „Syndikalisten“ bekannt, sich selbst seit 1919 „Freie

¹⁾ W. Kulemann, Die Berufsvereine. Jena 1908. 2. Aufl. 2. Bd. — Otto Heilborn, Die „Freien“ Gewerkschaften seit 1870. Jena 1907. — Siegfried Nestriepke, Die Gewerkschaftsbewegung. 2 Bde. Stuttgart 1920.

Arbeiter Union Deutschlands“ (F. A. U. D.) nennen. Wie weit diese syndikalistische Arbeiterunion in Zusammenhang gebracht werden kann mit der hier zu behandelnden revolutionären Gewerkschaft der „Allgemeinen Arbeiterunion“ (A. A. U.), welche gemeinsamen Berührungspunkte zwischen ihnen bestehen, und wie weit letztere als eine Fortentwicklung der syndikalistischen Union zu gelten hat, — diese Fragen können naturgemäß erst geklärt werden, wenn die A. A. U., ihr Wesen und ihre Organisationsform geschildert ist. Da dieser neue Gewerkschaftstyp sich erst nach der Revolution von den „Freien Gewerkschaften“ abgesplittert hat, so genügt es vollständig, nur die Entwicklung während und nach dem Kriege innerhalb der Freien Gewerkschaften darzustellen und die Gründe zu untersuchen, die zur Opposition und schließlich zur Bildung einer ganz neuen Gewerkschaftsform geführt haben.

Es sind im wesentlichen politische und wirtschaftliche Momente, die innerhalb der Freien Gewerkschaften eine Opposition geschaffen haben, die in einigen Gewerkschaften schon so stark wurde, daß es ihr gelang, die bisher herrschende Richtung in die Minderheit zu bringen. Die Vorwürfe, welche diese Gruppe von Gewerkschaftlern gegen ihre Organisationen und in erster Linie naturgemäß gegen ihre Gewerkschaftsführer erhoben, richteten sich einmal gegen die von diesen während des Krieges befolgte Politik. Durch den Verzicht auf das Streikrecht, heißt es, und die Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz haben die Gewerkschaften auf die einzige Waffe, die sie im Kampf gegen das Unternehmertum noch hatten, verzichtet, die Freizügigkeit der Arbeiter unterbunden und sie mehr und mehr in Abhängigkeit von der Regierung und Regierungspolitik gebracht. Dazu kommt, daß die Gewerkschaften auch noch nach der Revolution Arbeitsgemeinschaften mit Arbeitgebern eingegangen sind, langdauernde Tarifverträge mit ihnen abgeschlossen und so bewiesen haben, daß sie nicht mehr willens sind, den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften anzuerkennen¹⁾. Denn nicht dazu allein sind die Gewerkschaften da, um den Arbeitern höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen zu sichern, sondern sie müssen auch Organe zur Überwindung des Kapitalismus werden

¹⁾ In der Generalversammlung der Metallarbeiter (1919) heißt es laut „Metallarbeiterzeitung“ vom 1. XI. 1919: „Die Klassengegensätze und Klassenkämpfe durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften zwischen Kapital und Arbeit zu überbrücken, ist ein Versuch, der nur Verwirrung in die Reihen der Arbeiter trägt und den erforderlichen Klassenkampf unterbinden muß.“

und dementsprechend ihre Mitglieder erziehen, dereinst die Funktionen der Unternehmer in einem künftigen sozialistischen Staate zu übernehmen. Diese Aufgabe zu erfüllen, sind die alten Gewerkschaften heute weiter denn je entfernt. Ist schon der Geist, der in ihnen herrscht, „reaktionär“, zu Kompromissen jeder Art geneigt und unfähig, irgendwelche größeren Aktionen durchzuführen, so sind die Organisationsformen der Gewerkschaften völlig veraltet und nicht geeignet, als gleichwertig den Organisationen der Unternehmer entgegenzutreten. — Es sind also fast dieselben Gründe, die auch seinerzeit in Amerika immer wieder angeführt wurden, welche diese Gruppe von Arbeitern gegen die Gewerkschaften, die auf beruflicher Grundlage organisiert sind, geltend macht. An Stelle des Berufsverbandes verlangt man den Industrieverband, die Vereinigung aller Arbeiter ohne Rücksicht auf ihren Beruf innerhalb einer Industrie. Bei den Bergarbeitern wie bei den Metallarbeitern, bei den Buchdruckern wie bei den Angestellten wurde die Forderung immer dringender erhoben und führte schließlich dazu, daß oft mit überwältigender Mehrheit Beschlüsse zur Bildung von Industrieverbänden gefaßt wurden¹⁾. Einige Beschlüsse und Berichte von Tagungen einzelner Gewerkschaften mögen zeigen, wie stark in Deutschland in letzter Zeit die Tendenz zur Schaffung von Industrieverbänden ist, und welche Aufgaben ihnen von den revolutionären Gewerkschaftlern zugewiesen werden.

Auf der Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes (1919), auf der die radikale Opposition in der Mehrheit war, wurde beschlossen: „Der Vorstand wird ermächtigt, sofort alle erforderlichen Maßnahmen zur Schaffung eines alle Hand- und Kopfarbeiter der Metallindustrie erfassenden Industrieverbandes zu treffen und zu diesem Zweck die notwendigen Verhandlungen zu pflegen²⁾.“ — Auf der Generalversammlung des Verbandes Deutscher Buchdrucker (1920) forderte ebenfalls die Opposition, die eine starke Minderheit für sich hatte, einen graphischen Industrieverband. Die Voraussetzungen für den Industrieverband sind ja gerade für die graphische Industrie infolge der Konzentration an einigen wenigen

¹⁾ Über die Entwicklung der Berufsverbände zum Industrieverband innerhalb der „Freien Gewerkschaften“ vgl. Emil Lederer, Die Gewerkschaftsbewegung 1918/19 und die Entfaltung der wirtschaftlichen Ideologien in der Arbeiterklasse. „Archiv für Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik“. Bd. XLVII, S. 243 ff.; vgl. auch Nachwort.

²⁾ Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 30. Jahrg., S. 273.

Punkten besonders günstig. Die Opposition gab hierbei folgende Erklärung ab: „Unsere Auffassung ist, daß 1. eine wirksame Vertretung der Interessen aller Mitglieder nur im Rahmen eines Industrieverbandes für die gesamte Industrie möglich, daß 2. wirkliche Demokratie und weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Mitglieder nur durch Aufbau der Organisation auf der Grundlage des Rätessystems zu erreichen ist, daß 3. Unterstützungskassen in dem bei uns üblichen Ausmaße und der kassentechnischen Verbindung mit dem, den gewerkschaftlichen Aufgaben dienenden Verbandsvermögen die Schlagfertigkeit hemmen¹⁾.“ — Als letztes Beispiel für die Tendenz zur Bildung eines Industrieverbandes als Vorbedingung für alle weiteren Erfolge der Sozialisierung mag ein Beschluß der Betriebsräte des Ruhrreviers (1920) gelten: . . . „Die Konferenz erachtet den Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter in einem großen Industrieverband des Bergbaues für das beste Mittel, den Kampf gegen das . . . Zechenkapital erfolgreich durchzuführen²⁾.“

Auffallend ist bei all diesen Beschlüssen, die vorläufig noch auf dem Papier stehen, daß es sich immer nur um die Bildung von Organisationen handelt, die alle Arbeiter einer bestimmten Industrie umfassen sollen und daß man noch nicht, wie heute bei der I. W. W., klar erkennt, daß diese Verbände so lange in der Luft schweben, bis sie tatsächlich und organisch mit den einzelnen Betrieben verbunden sind, ja, daß in Wahrheit die Betriebsorganisation die Grundlage des ganzen Aufbaus werden müßte. Nur ganz wenige Arbeiter — so besonders die Berliner Metallarbeiter, die Bergarbeiter-Union im Rheinland — erkannten die Notwendigkeit, sich auf betrieblicher Grundlage zu organisieren³⁾.

Im allgemeinen kann man zwar feststellen, daß bis Ende 1919 in den freien Gewerkschaften sich wohl die verschiedensten „revolutionären“ Richtungen — Anarcho-Syndikalisten, Kommunisten, Unionisten — geltend machten, die lediglich nur aus dem Gegen-

¹⁾ Zitiert nach „Der Arbeiter-Rat“, Jahrg. II, Heft 31, S. 14.

²⁾ Zitiert nach „Der Arbeiter-Rat“, Jahrg. II, Heft 30, S. 11.

³⁾ Die „Freiheit“ schreibt über diese „Neuen Syndikalisten“, die im folgenden „Unionisten“ genannt werden: „In der Organisationsform übertrumpfen die Erfinder der ‚Betriebsorganisation‘ selbst die auflösende Tendenz des lokalistischen Syndikalismus. Während bei ihm die Selbständigkeit der Ortsvereine unantastbar ist, geht der neue Syndikalismus in der Atomisierung der Arbeiterklasse und ihrer organisierten Macht noch weiter, indem er die geschlossene organisierte Betriebsbelegschaft für souverän erklärt.“ („Freiheit“, 25. XI. 1919).

satz zu den bestehenden Gewerkschaften entstanden sind, und daß sich wohl unter ihnen eine bestimmte, gegensätzliche Auffassung von dem Wesen der Gewerkschaft und den Funktionen, die sie in der Gesellschaft zu erfüllen hat, herausgebildet hatte. Aber irgendwelche klare und einheitliche Ansicht darüber, wie sie nun ihre Ziele verwirklichen könnten, ob sie in den Gewerkschaften bleiben, sie von „innen heraus“ revolutionieren, oder aus den Gewerkschaften austreten und sich besondere Organisationsformen schaffen sollten, hatten sie noch nicht¹⁾. Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in Deutschland befand sich zu jener Zeit noch durchaus in dem Stadium der Entwicklung, in dem die verschiedenen Richtungen noch nicht eine ihren Aufgaben und Zielen entsprechende Organisationsform gefunden hatten. Funktion und Struktur der Gewerkschaft deckten sich noch nicht.

2. Die syndikalistische Bewegung in Deutschland.²⁾

Die Unzufriedenheit mit der Organisationsform und Taktik der Freien Gewerkschaften erreichte naturgemäß in jenen Gegenden Deutschlands ihren Höhepunkt, in die während des Krieges große Arbeitermassen zusammengeströmt waren, Männer, die z. T. überhaupt noch keine gewerkschaftliche Schulung erfahren hatten und nur zu leicht geneigt waren, die Organisation, in die sie eben erst eingetreten waren, wieder zu verlassen, falls es ihnen nicht gelang, sie nach ihrem Willen umzugestalten. In den Hauptindustriezentren im Rheinland, in Berlin und Hamburg, zogen zuerst alte und neue Gewerkschaftler die Konsequenz aus ihrer Anschauung, daß es unmöglich wäre, die Gewerkschaften von innen heraus zu revolutionieren, und traten in Scharen aus, um sich den sog. „Lokalisten“, der „Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften“ anzuschließen. Aus dieser Verbindung entstand dann — wie oben erwähnt — die syndikalistische „Freie Arbeiter-Union Deutschlands“, deren Aufbau und Prinzipien der französischen „Confédération du Travail“

¹⁾ So hatten z. B. die „kommunistischen“ Gewerkschaften zu jener Zeit (Sommer 1919) darüber, wie sie sich zu organisieren hätten — ob beruflich oder auf Grundlage der Industrie oder des Betriebes —, oder darüber, wo sie sich zu organisieren hätten — innerhalb oder außerhalb der Freien Gewerkschaften — überhaupt noch keine klare Vorstellung. Vgl. das von der Zentrale der K. P. D. am 28. VIII. 1919 über diese Frage versandte Rundschreiben, zitiert im „Korrespondenzblatt“, a. a. O., Jahrg. 1919, S. 469 f.

²⁾ Vgl. Nachwort.

nachgebildet ist¹⁾. Die Syndikalisten waren in Deutschland die ersten, die — wie die I. W. W. in Amerika — den Grundsatz vertraten, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nicht durch Eroberung der politischen Macht erfolgen könne, sondern allein auf wirtschaftlichem Kampffelde erfochten werden müsse. Deshalb lehnen sie für sich jede noch so lose Verbindung mit einer politischen Partei ab „und sehen vielmehr in der radikalen Beseitigung jeder politischen Macht die erste Vorbedingung zu einer wahrhaft sozialistischen Gesellschaftsordnung“²⁾. Sie verwerfen auch „prinzipiell jede Form der parlamentarischen Betätigung, jede Mitarbeit in den gesetzgebenden Körperschaften“³⁾ und verzichten darauf, an irgendwelchen Arbeitsgemeinschaften teilzunehmen und sich durch langfristige Tarifverträge mit den Arbeitgebern irgendwie zu binden. Da für sie die wirtschaftliche Kampforganisation die Organisation ist, so „erblicken sie in der Gewerkschaft keineswegs (nur) ein vorübergehendes Produkt der kapitalistischen Gesellschaft, sondern die Keimzelle der zukünftigen sozialistischen Wirtschaftsorganisation“³⁾. Diese Kampforganisationen werden nun aber nicht zentralistisch, wie in den Freien Gewerkschaften, zusammengeschlossen, sondern nur föderalistisch lose miteinander verbunden. Dieser Gedanke des Föderalismus, den die Syndikalisten zum ersten Male in Deutschland vertraten, sollte von nun an nicht mehr aus den Köpfen der revolutionären gewerkschaftlichen Massen verschwinden. Zentralisation ist nach ihrer Meinung die künstliche Organisationsform der Gesellschaft von oben nach unten, um die Interessen der herrschenden Klassen aufrechtzuerhalten, sie ist die Organisationsform des Staates, den sie ja abschaffen wollen. Es war, wie sie glauben, das Verhängnis der deutschen Arbeiterklasse, daß sie sich gerade die Organisationsform des Staates zum Vorbild für den Aufbau ihrer Gewerkschaften nahm. Denn hiermit übernahm sie auch gleichzeitig alle seine Fehler. An Stelle der eigenen Initiative, des Eintretens der Einzelnen oder der Gruppen für ihre Handlungen wartete man auf die Befehle, die von oben

¹⁾ „Die gegenwärtige Mitgliederzahl der Syndikalisten wird auf 150 000—200 000 geschätzt“ (Saurma-Jeltsch, Der Syndikalismus in Frankreich und die syndikalistischen Tendenzen der deutschen Arbeiterbewegung. Breslau 1920, S. 54.) — Nach neueren Feststellungen beträgt sie kaum mehr als 100 000.

²⁾ Rudolf Rocker, Die Prinzipienklärung des Syndikalismus. Berlin 1920, S. 4.

³⁾ Ebenda, S. 3.

kamen, die man dann widerwillig oder gar nicht befolgte. Jedes eigene Verantwortungsgefühl, jeder revolutionäre Wille der Massen, jede Freude an der Mitarbeit wurde von vornherein unterdrückt durch die vielen Vorschriften, die von den an der Zentrale sitzenden Führern kamen, die selbst nicht mehr in Verbindung mit den Massen stehend, auch deren Wünsche und Anschauungen nicht mehr verstanden. Deshalb sind die Freien Gewerkschaften immer mehr in ein Stadium der Stagnation gelangt, weil sich in der Zentralisation der revolutionäre Wille der Lohnarbeiter nicht durchzusetzen vermochte. Daher ist nach Meinung der Syndikalisten der „Föderalismus“ die einzige Organisationsart, die für die moderne Arbeiterbewegung überhaupt noch in Frage kommt, weil sie sich auf „die Gemeinschaftlichkeit der Interessen, der Solidarität und der Überzeugung der Menschen“ stützt. — Der Schwerpunkt dieser Organisation liegt bei den einzelnen Gewerkschaften, die beruflich gegliedert sind, respektive dem örtlichen Zusammenschluß dieser Gewerkschaften. In Wahrheit laufen also zwei Organisationsformen nebeneinander her: die Arbeiterbörsen, der Zusammenschluß der Gewerkschaften verschiedener Berufe innerhalb eines Ortes, die lose miteinander verbunden in der sozialistischen Gesellschaft den Konsum zu organisieren hätten, und die Industrieverbände, der föderative Zusammenschluß sämtlicher Gewerkschaften desselben Berufes in Bünde, denen in Zukunft die Aufgabe zufallen würde, den Produktionsprozeß zu übernehmen und zu leiten.

Was ist nun das wesentlich Neue dieser Richtung gegenüber den Freien Gewerkschaften? Die besondere Art, sich zu organisieren, offenbar nicht. Denn wie jene organisieren sich auch die syndikalistischen Gewerkschaften auf beruflicher Grundlage. Daß sie sich nebenher noch lokal zusammenschließen, ist kaum etwas Besonderes, sind doch die lokalen Gewerkschaftskartelle der Freien Gewerkschaften ähnliche Gebilde wie ihre Arbeiterbörsen. Und das, was die Syndikalisten „Industrieverband“ nennen, deckt sich offenbar nicht mit dem, was die revolutionären gewerkschaftlichen Massen innerhalb der Freien Gewerkschaften unter diesem Begriff verstehen, nämlich den Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter einer bestimmten Industrie oder eines Industriezweiges ohne Rücksicht auf den Beruf. Das Neue in dieser Bewegung liegt offenbar darin, daß sie zuerst den entscheidenden Schritt taten und aus der alten Gewerkschaft, die sie nicht von innen heraus revolutionieren zu können glaubten, austraten, daß sie als prinzipielle

Gegner jeder Partei und des Staates nur mit wirtschaftlichen Mitteln den Befreiungskampf der Arbeiter führen wollen, und daß sie sich föderalistisch und nicht zentralistisch organisieren.

Ungeachtet der vom Kongreß ausgegebenen allgemeinen Richtlinien befanden sich unter ihnen dennoch einzelne Gewerkschaften, die sich nicht auf beruflicher, sondern auf betrieblicher Grundlage organisierten. So schlossen sich z. B. unter anderem die Bergarbeiter im Rheinischen Industriegebiet nach Zechen zusammen, innerhalb der Zechen nach Territorien und in allen Bergrevieren in eine „Bergarbeiter-Union“, die alle Arbeiter umfaßt, die im Bergbau tätig sind. — In Norddeutschland vereinigten sich die in den Werften beschäftigten syndikalistischen Arbeiter in Betriebsorganisationen, um dann diese verschiedenen Betriebsorganisationen in einer einheitlichen „Werftarbeiter-Union“ zusammenzufassen. Daneben besteht der „Deutsche Seemannsbund“, der alle in der Seeschifffahrt Tätigen auf diese Weise zu sammeln suchte. Ähnliche Organisationen bestanden zu jener Zeit (1919) auch in der Berliner Metallindustrie.

3. Die Gründung der Allgemeinen Arbeiter-Union (A. A. U.), ihre Aufgaben und Ziele.

Das Entstehen und die in der Folgezeit außerordentlich starke Verbreitung dieser Art der gewerkschaftlichen Organisationsformen war in Deutschland in erster Linie auf die besonderen Erfahrungen zurückzuführen, welche die Arbeiter mit den alten Gewerkschaftsformen in den letzten Jahren gemacht hatten. Seit dem Frühjahr 1918 brachen in den genannten Industrien immer wieder spontan Massenstreiks aus, die von den Freien Gewerkschaften als sog. „Wilde Streiks“ in der Regel keine Unterstützung fanden. Da diese wirtschaftlichen Massenaktionen bis zur Novemberrevolution in Deutschland noch keine akute Erscheinung des Klassenkampfes geworden waren, konnten sie auch noch keine dauernden organisatorischen Auswirkungen haben. Dies trat erst ein, als nach der Revolution Welle auf Welle gewaltiger Streiks über Deutschland dahintobte. Durch die Erfahrungen, welche die Arbeiter in diesen ausgedehnten Streiks mit ihren alten beruflichen Gewerkschaftsorganisationen machten, gewann die Überzeugung von der Notwendigkeit einer neuen Form der Gewerkschaftsorganisation insbesondere zur einheitlichen Leitung der Kämpfe bei den Massen an Boden. Der

Gedanke der Betriebsorganisation setzte sich durch. Dazu kam, daß gerade in der Revolutionszeit dieser Teil der Arbeiterschaft den Gedanken des Räteystems besonders eifrig diskutierte und eigene Wege zu seiner Verwirklichung suchte. Der Kampf um revolutionäre Aktionsausschüsse und revolutionäre Betriebsräte, wie er zu jener Zeit in allen Industriezweigen losbrach, wuchs sich allmählich zum Kampf um revolutionäre Betriebsorganisationen (Betr.-Org.) aus; diese endlich, in Ortsgruppen und Wirtschaftsbezirken vereinigt zur Räteorganisation zusammenzuschließen, galt als letztes Ziel der Unionsbewegung. Ganz elementar war sie unter denjenigen Arbeitern entstanden, die ihre Gewerkschaft als Klassenkampforganisation und Fundament der kommenden sozialistischen Gesellschaft auffaßten.

Die Männer, die heute den Unionsgedanken propagieren, sehen gerade in jenem plötzlichen Auftauchen der Bewegung in den verschiedensten Industriezweigen und darin, daß sie dort — unabhängig und unbeeinflusst voneinander — überall dieselbe Organisationsform annahm, den besten Beweis dafür, daß die revolutionäre Betr.-Org. kein Gebilde ist, das in den Köpfen einiger revolutionärer „Führer“ konstruiert wurde, sondern daß sie sich organisch aus den gegebenen Verhältnissen heraus entwickelt hat. Die Erfahrung, die sie selbst machten, die Lehren, die sie aus den „Industrieverbänden“ der Freien Gewerkschaften und den verschiedenen Organisationsformen der Syndikalistinnen zogen, haben ihre neuen Gewerkschaften zu dem gemacht, was sie heute sind.

Indessen war es aber unzweifelhaft auch die einheitliche Propaganda einiger weniger Männer, die ganz wesentlich dazu beigetragen hat, daß diese revolutionären Gewerkschaften gerade diese bestimmte Form erhielten, die — besonders in ihrer späteren Ausgestaltung — eine auffallende Ähnlichkeit mit der gleichen Organisation der I. W. W. aufweist. Vielfach waren es zuerst „Intellektuelle“, die vor dem Kriege in der amerikanischen revolutionären Arbeiterbewegung tätig gewesen waren und die dortige I. W. W. studiert hatten, die in Deutschland den Anstoß zur Bildung solcher Unionen gaben und sie nach dem Vorbild der I. W. W. zu organisieren suchten. In Hamburg gab Fritz Wolffheim, der lange Jahre vor dem Kriege als Redakteur einer amerikanischen sozialistischen Zeitung für die Ideen der I. W. W. geworben hatte, durch seinen Vortrag: „Betriebsorganisation oder Gewerkschaft“¹⁾,

¹⁾ Fritz Wolffheim, Betriebsorganisation oder Gewerkschaft? Hamburg 1919. Der Vortrag fand später, als Propagandaschrift gedruckt, weiteste Verbreitung.

den er vor der Hamburger Arbeiterschaft im August 1919 hielt, den unmittelbaren Anstoß zur Bildung der dortigen Arbeiter-Union. In Mitteldeutschland war es Karl Dannenberg, langjähriges Mitglied der amerikanischen S. L. P. und der I. W. W. (Richtung Detroit), der durch Wort und Schrift¹⁾ hier seine Ideen vertrat und auf die Unionsbewegung in der Folgezeit entscheidenden Einfluß ausübte. In Bremerhaven, wo sich als Auswandererhafen die Propaganda von seiten der I. W. W. besonders stark bemerkbar macht, nennt sich die dortige Union in ihrem Untertitel: Industrial Workers of the World.

Aber alle diese auf betrieblicher Grundlage zum großen Teil rein syndikalistisch organisierten Unionen liefen vorläufig noch in Deutschland ohne irgendwelche innere Fühlungnahme nebeneinander her. Sie tauchten bald hier, bald dort, besonders häufig in den Industriebezirken im Westen und in Mitteldeutschland auf, hatten in Zeiten politischer und wirtschaftlicher Hochspannung starken Zulauf und sanken in ruhigen Zeiten oder nach verlorenen Streiks zur Bedeutungslosigkeit herab. Der Boden für diesen Gedanken war jedoch in Deutschland reif, es fehlten nur noch die Männer, denen es gelang, diese verschiedenen revolutionären Richtungen zusammenzufassen, ein klares einheitliches Programm für sie aufzustellen und eine feste Organisationsform zu schaffen, in der diese verschiedenen Unionen eingegliedert wurden. Im April 1920 traten in Hannover die Vertreter einzelner Betriebs-Organisationen, die sich damals schon in einigen Orten Allg. Arbeiter-Union nannten, zusammen²⁾, um über den Zusammenschluß der verschiedenen Arbeiter-Unionen Deutschlands zu beraten. Vorbereitet wurde die Reichskonferenz von der Betr.-Org. in Bremen, welche die Zeitschrift „Kampftruf“ herausgab und deshalb über ein umfangreiches Adressenmaterial der Betr.-Org. im Lande verfügte. Bereits auf dieser Versammlung, die später von der Polizei aufgehoben wurde, konstituierte man die „Allgemeine Arbeiter-Union Deutschlands“ (A. A. U.) und einigte sich auf einige Hauptpunkte,

¹⁾ Neben seinen eigenen Schriften gab er besonders Broschüren der amerikanischen Führer der I. W. W. in deutscher Übersetzung heraus, z. B. W. E. Trautmann, Eine große Union. Braunschweig o. J. — Eugen Deba, Der sozialistische Industrie-Unionismus. Braunschweig o. J. — Daniel De Leon, a. a. O.

²⁾ Anwesend waren u. a. Vertreter von Hamburg, Hannover, Bremen, Bremerhaven, Berlin, Mitteldeutschland, Schlesien, Ruhrrevier. Die Bergarbeiter-Union, heute zur Freien Union gehörig, war damals nur durch einen Gast vertreten.

nach denen sich im einzelnen die Organisation und Taktik der verschiedenen Unionen zu richten hatte. Unter anderem beschloß man Dezentralisation der Verwaltung, keine Bürokratisierung, keine Teilnahme an der Wahl zu gesetzlichen Betriebsräten, Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und aller Wahlen.

Schon damals wurde als wichtigster Punkt von den Unionisten die Frage erörtert, wie man sich zu den Freien Gewerkschaften zu verhalten hätte, oder vielmehr, mit welchen Argumenten man sie bekämpfen sollte. Denn daß sie nicht von innen heraus zu revolutionieren seien, sondern man ihnen etwas Neues entgegenzusetzen habe, darüber war man sich von vornherein einig; deswegen war man ja zusammengekommen. Wesentlich sind jedoch in diesem Zusammenhang die Gründe, die man hierfür gleich anfangs anführte und die später immer wieder in Zeitungen und Flugschriften bei der Propaganda des Unionsgedankens gegenüber den Freien Gewerkschaften geltend gemacht wurden¹⁾. Denn sie machen am besten die Psychologie dieser revolutionären Gewerkschaften verständlich und lassen erkennen, aus welcher Stimmung heraus sie in der Folgezeit die Freien Gewerkschaften so heftig bekämpften.

Die ganze Frage der Notwendigkeit der Bildung neuer, revolutionärer Gewerkschaften spielte naturgemäß in Deutschland eine viel wichtigere Rolle als seinerzeit in Amerika. Denn dort setzten sich die Mitglieder der I. W. W. ursprünglich aus solchen Arbeiten (Ungelernten, Eingewanderten u. dgl.) zusammen, denen aus verschiedenen Gründen gar keine Möglichkeit gegeben war, in die A. F. of L. einzutreten. In Deutschland dagegen waren alle jene Argumente gegen die Freien Gewerkschaften nicht stichhaltig, die man in Amerika gegen die A. F. of L. anzuführen pflegte. In die Freien Gewerkschaften einzutreten stand im Prinzip jedem Arbeiter, nicht nur dem hochqualifizierten frei; Rassenfragen bestanden nicht; die Frage der Gelernten und Ungelernten spielte so gut wie keine Rolle. Hier mußte man, wollte man Anhänger gewinnen, neue Gründe finden, um die Arbeiter zu überzeugen, daß es notwendig sei, zunächst aus den alten Gewerkschaften auszutreten; man mußte ihnen beweisen, daß die Vorteile, die sie von den Freien

¹⁾ Vgl. u. a. Karl Becker, Der Kampf um die Allg. Arbeiter-Union. Bremen, o. J. S. 10 ff. — Die „Allg. Arbeiter-Union“ (Wochenschrift), Braunschweig, Jahrg. I, Nr. 5, 8, 9, 14. — „Der Kampftruf“, Organ der Allg. Arbeiter-Union. Berlin (Wochenschrift), Jahrg. I, Nr. 20, 28, 43, 47. — „Der Unionist“, Organ der Allg. Arbeiter-Union. Hamburg. Jahrg. I, Nr. 7, 16. Jahrg. II, Nr. 7, 8.

Gewerkschaften hätten, nur gering wären, mußte besonders die Opposition in den Freien Gewerkschaften dahin aufklären, daß die ganze Taktik der „Zellenbildung“ von vornherein aussichtslos wäre und wohl kleine Teilerfolge in einzelnen Bezirken und Gewerkschaften verspräche, aber niemals das System zu treffen und umzuändern im Stande sei.

Während die Unionisten ihre Unionen, die aus dem Kampfeswillen klassenbewußter Arbeiter in der Zeit der Revolution entstanden sind, in erster Linie als Klassenkampforganisationen ansehen, sind nach ihrer Meinung die Freien Gewerkschaften mehr und mehr dazu übergegangen, die Interessenvertretung derjenigen Arbeiter zu werden, die willens sind, das gegenwärtige kapitalistische System anzuerkennen. Sie wollen und können nicht mehr kämpfen. Besonders typisch für die Auffassung der „freigelassenen“ Gewerkschaftler scheint ihnen deren „Kassenpolitik“ zu sein, die das größte Gewicht darauf legt, wohlgefüllte Unterstützungskassen zu haben. Das Ansammeln von Geld, das Werben neuer Mitglieder um der Beiträge willen rückt in den Vordergrund. Und welchen Vorteil haben die Mitglieder selbst von diesen Unterstützungseinrichtungen, was nützen ihnen ihre hohen Beitragszahlungen? Durch immer neue Statistiken und Zahlenzusammenstellungen suchen die Unionisten in ihren Schriften zu beweisen¹⁾, wie zweck- und wertlos diese Kassen sind. Die Hälfte der Summen wird für Organisationszwecke, d. h. für die Bezahlung der Beamten, der „Führer“ verwandt, ein Drittel für Unterstützungszwecke und nur etwa 15 % für eigentliche Kampfszwecke. Dabei ist der auf den Kopf der Mitglieder entfallende Teil des Gesamtvermögens trotz der hohen Beiträge dennoch so gering, daß er bei einem etwaigen Generalstreik keine drei Tage reichen würde. So sind die Gewerkschaftskassen, über deren Gelder die große Masse in Wirklichkeit gar nicht verfügen kann, für den Klassenkampf des Proletariats vollständig wertlos geworden.

Welche Erfolge kann nun unter diesen Umständen die sog. Opposition in den Freien Gewerkschaften haben? Das Ziel ihrer Tätigkeit ist — so sagt sie selbst — die Durchdringung der Gewerkschaften mit dem Geist des Klassenkampfes, die Revolutionierung von innen heraus²⁾. Der Erfolg kann nach

¹⁾ Vgl. Die Allg. Arbeiter Union. o. Verf. Berlin 1921, S. 11. — „Der Unionist“, Jahrg. II, Nr. 4, 6, 10.

²⁾ Vgl. zur grundsätzlichen Erörterung dieser Frage: N. Lenin, Der „Ra-

Meinung der Unionisten nur gering sein. Gesetzt den günstigsten Fall, daß die kommunistischen Gewerkschaftler in einer Gewerkschaft die Mehrheit erlangen — was meistens dadurch unmöglich gemacht wird, daß sie vorher, weil sie durch ihre Zersetzungsarbeit gegen die Satzungen verstoßen, ausgeschlossen werden (wofür die Unionisten zahlreiche Beispiele anzuführen suchen) — so würde dadurch ja nichts Wesentliches geändert, nichts, was die Gesamtstruktur dieser Gewerkschaften von Grund aus umkehrte. Nur eine Spitzenänderung würde stattfinden: an Stelle der alten Führerbürokratie würde eine neue treten mit radikalen Zielen. Die Notwendigkeit dieser beruflich organisierten Gewerkschaften mit ihrem ganzen Führerapparat würde sie jedoch grundsätzlich anerkennen. — Selbst wenn sich die Opposition später entschließen würde, die beruflich organisierten Gewerkschaften zu Industrieverbänden umzuformen, so würden diese solange in der Luft schweben, als sie nicht aus den Betriebsorganisationen hervorgegangen und in ihnen fest verankert sind. Hierzu werden sich aber gerade die „Führer“, da sie dann ihre einfluß- und ertragreichen Posten verlieren würden, am schwersten entschließen. Es ist eben einfach nicht möglich, neuen Wein in alte Schläuche zu gießen. Der Kampf gegen die alten Gewerkschaften wird also nach Meinung der Unionisten nicht dadurch erfolgreich geführt, daß man sie kritisiert und von innen heraus umzuformen sucht, sondern daß man sie durch das Wachstum rein proletarischer Organisationsformen entwurzelt. In den Betr.-Org. wird diese Forderung realisiert.

Über Wesen und Aufgaben dieser neuen Betr.-Org. bestand allerdings anfangs in den verschiedenen Wirtschaftsbezirken Deutschlands durchaus noch keine einheitliche Auffassung¹⁾. Erst im Laufe zweier Jahre kam man hierüber zu größerer Klarheit. Einig war man sich von vornherein darüber, daß die Unionen aus den Betrieben herauswachsen mußten. Immer wieder

dikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus. Leipzig 1920, und die Gegenschrist der Allg. Arb. Union: Hermann Gorter, Offener Brief an den Genossen Lenin. Berlin 1920.

¹⁾ Vgl. z. B. die ersten Flugschriften über die Betr. Org. aus Ostsachsen: Menzel, Revolutionäre Betriebsorganisation und Allg. Arbeiter-Union. Dresden 1919, aus Mitteldeutschland: Karl Dannenberg, Warum die Allg. Arbeiter-Union? Braunschweig 1919; aus Hamburg: Fritz Wolffheim, a. a. O.; aus Bremen; Karl Becker, a. a. O.

stößt man auf folgende Gedankengänge: Wollen die Arbeiter überhaupt ihre endgültige Befreiung als Klasse, so müssen sie zu solchen Formen kommen, die ganz und gar ihrem eigenen Klassenwerk dienen, die als rein proletarische Organisation ihrem innersten Wesen und als Kampforganisation den fortschreitenden ökonomischen Verhältnissen entsprechen. Solche Organisationen können aber nur die Betr.-Org. sein, die ihren Ausgang vom einzelnen Betrieb aus nehmen. Hier steht einer neben dem anderen als Klassen-genosse und arbeitet an demselben Produktionsprozeß, hier geht der geistige Kampf, die Revolutionierung von Mann zu Mann, von Masse zu Masse vor sich. Alles ist hingerichtet auf das höhere Klasseninteresse, das Berufsinteresse wird eingeeignet auf das ihm zukommende Maß. Von hier aus ist es möglich, das gegebene kapitalistische System nicht etwa nur zu kontrollieren, sondern zu überwinden, indem man die Betriebe, in denen man arbeitet, selbst in Besitz nimmt. So werden die Betr.-Org. der Anfang des kommunistischen Werdens, das Fundament der kommenden kommunistischen Gesellschaft. Denn „die Betr.-Org. als Gesamterscheinung ist an sich und in ihrer fortschreitenden Entwicklung verankert in der historisch-ökonomischen Gewißheit der Umwandlung der Klassengesellschaft zunächst in eine sozialistische Gesellschaft“¹⁾.

Daraus ergeben sich aber auch die Aufgaben, welche die Betriebsorganisation zunächst zu lösen hat. Nicht große Programme und bis ins einzelne ausgearbeitete Pläne sind notwendig, sondern die Aufklärung der Arbeiter im Betrieb über ihre jetzige Lage und weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Revolutionierung der Arbeiter ist heute die vornehmste Aufgabe²⁾. Die Union sieht allerdings diese Revolution nicht in der Stärke der Negation allein, die ihren Ursprung oft genug in Scheu vor wirklicher Verantwortung hat. „Für sie ist die Revolution die aus dem Prozeß der historisch-ökonomischen Umwälzung hervorgehende Umwandlung der Geister“³⁾, deren Bestebungen der Formulierung und Organisierung bedürfen. In diesem Sinne richtet sie ihre ständige revolutionäre Tätigkeit ein. Ununterbrochene Propaganda für den Sozialismus, Einberufung von Betriebsversammlungen, um

¹⁾ „Der Kampf“, Jahrg. I, Nr. 29.

²⁾ „Die revolutionäre Entwicklung ist vorläufig ihre Hauptangelegenheit, nicht Programm, Statuten und detaillierte Pläne.“ (Ebenda.)

³⁾ Ebenda.

politische und wirtschaftliche Fragen zu diskutieren, Betätigung und Teilnahme an allen Unternehmungen, die auf praktischem oder wissenschaftlichem Wege einer proletarisch-revolutionären Weltanschauung dienen, zählt zu ihren Aufgaben: kurzum, alles, was die Revolution im Betrieb fördert.

4. Die Organisation der A. A. U., ihre Verbreitung, Zusammensetzung und Stärke¹⁾

Schon auf dem ersten Kongreß (April 1920) einigte man sich in großen Zügen auf das Organisationsprogramm der A. A. U., aber erst auf der 3. Konferenz im Dezember 1920 wurden — scheinbar endgültig — Aufbau und Satzungen der Union festgelegt²⁾. Die A. A. U. wird nach dem Rätssystem aufgebaut; die Betr.-Org. bilden ihre Grundlage, kleinere Betriebe mit weniger als 20 Arbeitern schließen sich zusammen zu selbständigen Bezirksorganisationen (Bez.-Org.) nach ihren Arbeitsbezirken. Die Betr.- resp. Bez.-Org. vereinigen sich zu Ortsgruppen. In allen Betrieben wählen die revolutionären Arbeiter ihre Vertrauensleute; sie, die jederzeit von den Mitgliedern abberufen werden können, bilden den aktivsten Faktor in der gesamten Organisation und Bewegung. Sie sammeln die Gelder ein, prüfen die Mitgliedsbücher, rufen Betriebs- und Bezirksversammlungen ein und geben Beschlüsse bekannt, für deren Durchführung sie sich einzusetzen haben. Das Vertrauensmännersystem, daß sich bis in die zentralen Spitzen der Organisation durchsetzt, ist das eigentlich Charakteristische an der Organisationsform der A. A. U. Die Betriebs- resp. Bez.-Org. verschiedener Ortsgruppen vereinigen sich zu Wirtschaftsbezirken. Ganz Deutschland ist bisher in 18 Wirtschaftsbezirke eingeteilt, die je nach der Wichtigkeit des Gebiets für die Unionisten die Größe von Ländern (z. B. Wirtschaftsgebiet Pommern) bis herab zur Größe einer Stadt (z. B. Wirtsch.-Bez. Groß-Berlin) haben. Es ist bei diesem Organisationsplan auffallend, daß in diesen Wirtschaftsbezirken bisher noch keine Zusammenfassung nach Industriegruppen erfolgt ist, wie er bei der I. W. W. von vornherein vorgesehen war, sondern daß die Wirtsch.-Bez. nur regional in Unterbezirke und Ortsgruppen aufgeteilt sind. Dahingehende Abänderungsvor-

¹⁾ Vgl. Nachwort.

²⁾ Vgl. Aufbau und Satzungen der Allg. Arbeiter-Union Deutschlands. Berlin 1921; vgl. aber Nachwort.

schläge haben auch bereits Unionisten, die die amerikanische Organisation kennen — bisher ohne Erfolg — gemacht und darauf hingewiesen, welchen Wert eine einheitliche Erfassung sämtlicher Industriegruppen, vor allem aber auch der Kleinbetriebe, für die Durchführung von Streiks und anderen Massenaktionen hat ¹⁾.

Die Zusammenfassung sämtlicher Wirtschaftsbezirke Deutschlands erfolgt in der A. A. U. Deutschlands, die ihren Sitz in Berlin hat. Ihr ausführendes Organ ist der Reichswirtschaftsrat (R. W. R.), der sich aus den Vertretern der einzelnen Wirtsch.-Bez. zusammensetzt. Er hat dieselben Funktionen im großen zu erfüllen, welche die Vertrauensleute der einzelnen Betr.-Org. im kleinen haben. Auch seine Funktionäre sind jederzeit abberufbar. Finanziert durch Umlageverfahren der einzelnen Unionen, tritt er nach Bedarf zusammen — der Arbeitsausschuß tagt in Berlin ständig —, um zu organisatorischen und taktischen Fragen der Union Stellung zu nehmen ²⁾. Das oberste Organ der A. A. U. ist die Reichskonferenz, die ebenfalls nach Bedarf einberufen wird ³⁾. Die Delegierten hierzu werden von den Wirtschaftsbezirken entsandt, und zwar auf je 500 Mitglieder ein Delegierter. Hier werden alle die organisatorischen und taktischen Fragen der A. A. U. endgültig entschieden, die in den einzelnen Wirtsch.-Bez. in den letzten Monaten eifrig erörtert wurden und von denen ihre Zeitungen und Flugschriften ein getreues Spiegelbild geben. Die Stellung, welche die Union zur Partei, zum Parlament und zur Internationale, zum organisatorischen Aufbau und zu den Fragen der Streiks und der Massenaktionen einzunehmen hat, findet hier ihre letzte Klärung und Festlegung.

Dem Außenstehenden, der versucht, sich über Verbreitung und Stärke der Unionsbewegung in Deutschland Klarheit zu verschaffen, stehen, da Protokolle über die Reichskonferenzen nicht veröffentlicht werden und sonstige Berichte nur in geringer Zahl vorhanden sind, neben der eigenen Anschauung allein die zahlreichen Zeitungen, die von den einzelnen Wirtsch.-Org. herausgegeben werden, zur Verfügung ⁴⁾. Diese geben aber vor allem ein klares Bild von dem Leben, das in den einzelnen Unionen

¹⁾ Vgl. die Broschüre: Die Allg. Arbeiter-Union, a. a. O., S. 46.

²⁾ Bisher haben 4 Tagungen des R. W. R. stattgefunden.

³⁾ Bisher haben 4 Reichskonferenzen stattgefunden.

⁴⁾ Heute werden ungefähr 10 wöchentlich erscheinende Zeitungen von den einzelnen Wirtsch.-Bez. herausgegeben.

herrscht, und von den verschiedenen Richtungen, die noch heute in der A. A. U. nebeneinander herlaufen und sich gegenseitig bekämpfen, da die Herausgeber selbst größtes Gewicht darauf legen, neben Erörterungen prinzipieller Fragen auch von den einzelnen Ortsgruppen ihres Wirtsch.-Bez. ständige Berichte über den Stand ihrer Bewegung zu erhalten. Aus allen Berichten geht hervor, daß die Union trotz der schärfsten Bekämpfung seitens der Unternehmer und besonders natürlich seitens der Freien Gewerkschaften langsam aber stetig an Boden gewinnt. Waren es zunächst nur Hauptindustriezentren, wie das Rheinland, Berlin und Hamburg, in der die A. A. U. Fuß fassen konnte, so muß heute festgestellt werden, daß die A. A. U. sich mit Ausnahme einiger weniger Teile des Reiches überall ausbreitet. Während auf der 2. Reichskonferenz im Jahre 1920 nur 8 Wirtsch.-Bez. vertreten waren, bestehen heute über das ganze Reich solche Bezirke. Damals hatte die A. A. U. einen Mitgliederbestand von 80 000 Unionisten ¹⁾, im Frühjahr 1921 einen über 200 000 ²⁾. Zwei Momente mögen neben der offenbaren Unzufriedenheit weiter Kreise der Arbeiterschaft mit den Freien Gewerkschaften diese Verbreitung begünstigt haben: die relativ geringen Beitragszahlungen, welche die Unionisten zu leisten haben, und der starke Übertritt von Seiten der syndikalistischen Freien Arb. Union. Gerade in letzter Zeit wurde immer wieder, in erster Linie aus Mitteldeutschland und dem Rheinland gemeldet, daß ganze Ortsgruppen der F. A. U. geschlossen zur A. A. U. übertraten ³⁾. Besonders großen Umfang hat die Bewegung in Mitteldeutschland angenommen: Eisleben, Mansfeld, Magdeburg (Leunawerke) ⁴⁾ sind Hauptzentren der Betr.-Org.; besonders nach dem Zusammenbruch der Märzunruhen 1921 in Mitteldeutschland, der zur Folge hatte, daß Betr.-Org. vieler Orte zersprengt und zertrümmert wurden, setzte die Werbetätigkeit der A. A. U. hier wieder in erhöhtem Maße ein ⁵⁾. Die stärksten Wider-

¹⁾ „Der Kampf“, Jahrg. I, Nr. 29.

²⁾ Bericht des Arbeitsausschusses vom 8. II. 1921.

³⁾ Laut „Sturm“, Organ der A. A. U. Bremerhaven (Jahrg. II, Nr. 3) traten in Mitteldeutschland (Bez. Aschersleben) kürzlich etwa 14 Ortsgruppen der F. A. U. geschlossen zur A. A. U. über; laut „Kampf“ (Jahrg. I, Nr. 36) im Dezember 1920 die Ortsgruppe Essen der F. A. U. zur A. A. U. Ähnliche Zusammenschlüsse stehen in Norddeutschland unter den Seeleuten (Seemannsbund — Fischerei-Union) bevor; vgl. indessen für die neueste Entwicklung das Nachwort.

⁴⁾ Die Betr.-Org. der Leuna-Werke, die wohl vor den Märzunruhen 1921 die stärkste der A. A. U. in Deutschland war, gab ein eigenes Blatt „Die Betriebsorganisation“ heraus.

⁵⁾ Vgl. „Der Kampf“, Jahrg. I, Nr. 31.

stände hat die Bewegung noch immer in Süddeutschland zu überwinden. Rein äußerlich beweist dies schon die Tatsache, daß es den Unionisten trotz eifrigen Bemühens bisher nicht gelungen ist, dort mehr als eine einzige Wochenzeitung ins Leben zu rufen. Welchen Wert sie aber darauf legen, eine eigene Presse zu besitzen, geht aus all ihren Berichten und Entschließungen hervor. Zeitungen und Broschüren sind den Unionisten neben ihrer eigenen Tätigkeit im Betrieb die besten Propagandamittel. Ihre zahlreichen Broschüren sind, soweit sie nicht einfach Übersetzungen amerikanischer Schriften enthalten, durchaus klar und einfach geschrieben, wenn man es ihnen auch anmerkt, daß sie alle nur von einigen wenigen „Intellektuellen“ verfaßt sind. Da die Verfasser der Broschüren und Zeitungsartikel zum großen Teil nicht genannt sind — nicht genannt werden dürfen, um nicht den Eindruck zu erwecken, als ob die Bewegung von einigen „Führern“ geleitet wird¹⁾, so ist es schwer zu sagen, wer in den einzelnen Wirtsch.-Bez. hinter der Bewegung steht. Auffallend ist es, wie wenig es bisher im Gegensatz zu Amerika und besonders (wie noch zu zeigen ist) zu England gelungen ist, besondere Unterrichtskurse zur Ausbildung der Mitglieder ins Leben zu rufen²⁾. Auffallend ist diese Tatsache um so mehr, als die Unionisten durchaus nicht etwa nur ungelernte Arbeiter sind wie es anfangs bei der I. W. W. der Fall war sondern sich auch gerade sehr oft hochqualifizierte Arbeiter unter ihnen befinden, die vielfach jahrzehntelang schon in den Freien Gewerkschaften organisiert waren und dort deren Ausbildungsmethoden kennen gelernt haben. Gerade ihr Einfluß muß aber auf die Union immer sehr stark gewesen sein. War schon von vornherein die A. A. U. längst nicht aus so heterogenen Elementen zusammengesetzt, wie seinerzeit die I. W. W., so erkennt man bereits an der bisherigen Entwicklung der Union, die sich viel ruhiger und organischer vollzog, und an der Stellungnahme, die sie in dieser Zeit zu schwebenden taktischen und organisatorischen Fragen einnimmt, daß bei den Verhandlungen die geschulten Arbeiter, denen es meistens bald gelang, die vorhandenen Gegensätze zu überbrücken, ausschlaggebend gewesen sein müssen.

¹⁾ Vgl. Nachwort.

²⁾ Die A. A. U.-Einheitsorganisation bemüht sich neuerdings eifrig, Unterrichtskurse einzurichten. Vgl. z. B. „Die Aktion“. XI. Jahrg., Nr. 45/46, S. 643.

5a. Die Stellung der A. A. U. zur Frage der Zentralisation und Dezentralisation¹⁾.

Die Frage, wie sich die verschiedenen Unionen miteinander verbinden sollten, ob straff zentralistisch oder lose föderalistisch, stand auch in Deutschland von Anfang an im Vordergrund der Erörterung. Während sich aber in Amerika die Entwicklung viel schwieriger und unter größerer Erschütterung der ganzen Organisation der I. W. W. vollzog, wurde in Deutschland eigentlich von Anfang an die Frage nur theoretisch des Prinzips wegen diskutiert. Der Verlauf der tatsächlichen Entwicklung stand schon nach den ersten Monaten fest. Da die A. A. U. nicht wie die I. W. W. von einer Stelle und von einigen wenigen Führern aus „gegründet“ war, sondern sich allmählich aus einzelnen, unabhängig voneinander bestehenden Unionen zu einem einheitlichen Ganzen, zu einer „Organisation“ zusammenschloß, so war es nur natürlich, daß sie zuerst lose, föderalistisch aufgebaut war. Dazu kam, daß nicht wie bei der I. W. W. einige große, ganze Industriezweige umfassende Industrial Unions ins Leben gerufen wurden, die von vornherein leichter zusammenzuschließen waren, sondern die verschiedenen einzelnen Betr.-Org., die keineswegs nur als Notbehelf angesehen wurden, die eigentliche Grundlage der Organisation bildeten. Sobald es aber erst einmal so weit gekommen war, daß die einzelnen Unionen auf der Reichskonferenz miteinander Fühlung genommen hatten, war es nur noch eine Frage der Zeit, wann die A. A. U. straff genug organisiert sein würde, um überhaupt als einheitliche Organisation angesehen werden zu können. Die unaufhörliche Entwicklung dahin läßt sich aber seit der 2. Reichskonferenz ganz klar erkennen.

Der wesentliche Unterschied zwischen Amerika und Deutschland besteht vielmehr darin, daß der breiten Masse der I. W. W. die Frage der Zentralisation und Dezentralisation erst als Problem erschien, zu dem man Stellung nehmen mußte, nachdem man innerhalb der eigenen Organisation, die zuerst zentralistisch aufgebaut war, gespürt hatte, wie gefährlich es ist, einer einzigen Zentralinstanz oder sogar einem einzigen Manne — dem Präsidenten — die letzte Entscheidung über alle wichtigen Fragen zu übertragen. In Deutschland dagegen wurde diese Frage gleich von vornherein als Problem diskutiert. Waren doch die deutschen Unionisten zum großen Teil Gewerkschaftler, die bereits in der alten Gewerkschaftsbewegung

¹⁾ Vgl. Nachwort.

gestanden und dort die Mängel einer Gewerkschaftsbürokratie, nach ihrer Meinung die Folge einer jeden Zentralisation, erkannt hatten. Einig war man sich daher unter allen Unionisten, daß man diese Art der Zentralisation vermeiden müsse, um nicht in dieselben Fehler wie die Gewerkschaften zu verfallen. Nur darüber herrschte von Anfang an ein starker Gegensatz der Meinungen, wie weit man denn überhaupt in der Zentralisation gehen dürfe, ob sich Zentralismus und Föderalismus gegenseitig ausschließen, oder ob beides miteinander zu vereinigen wäre. Man begann deshalb erst einmal, sich über die theoretischen Grundlagen jeder Organisation klar zu werden.

In Amerika stehen sich in dieser Frage „Ost“ und „West“, in Deutschland die „Berliner“ und „Hamburger“ Richtung gegenüber¹⁾. In Berlin und den meisten anderen Wirtsch.-Bez. ist man „Zentralist“, in Hamburg und den wenigen unter ihrem Einfluß stehenden Bezirken „Föderalist“²⁾. — Die Hamburger Unionisten glauben ihre Ansicht rein erfahrungsgemäß auf Grund der Tatsachen, die sie in den anderen Organisationen sahen, gewonnen zu haben³⁾. In den zentral aufgebauten Freien Gewerkschaften fehlt heute nach ihrer Meinung jeglicher Wille und jede Tatkraft zum aktiven Handeln, weil sie von einer Gewerkschaftsbürokratie geleitet werden, die schon nicht mehr zur Lohnarbeiterschaft gehört, sich bereits aus dem sozialen Grund der arbeitenden Klassen herausgehoben hat und kein Verständnis für die Sorgen und Nöte des letzten Arbeiters mehr aufbringen kann. Diesen Gewerkschaftsführern wird aber durch die Zentralisation die Möglichkeit gegeben, ständig der Masse ihren Willen aufzuzwingen. Folglich muß eine solche Organisation geschaffen werden, in der diese Bürokratie so gut wie ganz ausgeschlossen ist, eine Organisation, die aus dem Willen der revolutionären Masse selbst hervorgegangen und in der dieser Wille allein maßgebend ist. Das ist aber die Betr.-Org. Sie ist eine selbständige Organisation, behält ihre organisatorische Eigenart und verbindet sich gelegentlich mit anderen revolutionären Betr.-Org. zum Zweck des gemeinsamen

¹⁾ Vielleicht ist es richtiger, die „Hamburger“ Richtung als die „Ostsächsische“ zu bezeichnen; vgl. Nachwort.

²⁾ Die „Hamburger“ und „Berliner“ Richtung werden hier nur als Typen einander gegenüber gestellt, die in ihrer vollen Reinheit nirgends auftreten. Ost-sachsen und Bremen nähern sich stark Hamburg, das Rheinland steht in der Mitte zwischen beiden.

³⁾ „Hier an der alten Wasserkante hatte die alte Sozialdemokratie ihre Hochburg; hier hatten die Zentralverbände ihre Wiege, hier genießen die Arbeiter praktischen Anschauungsunterricht“. („Der Unionist“, II, 6.)

Kampfes. Kampffessolidarität ist deshalb heute das einzige, aber auch alles Bindende in der A. A. U. Dazu bedarf es jedoch keines zentralistischen Systems. Diese Kampffessolidarität, die Vorbedingung alles proletarischen Handelns, fehlt aber heute nach Meinung der Unionisten hauptsächlich deshalb in den Freien Gewerkschaften, weil sie zentralistisch aufgebaut sind. Denn in diesem System fühlt sich der einzelne bei größeren Aktionen nicht mehr für das Ganze verantwortlich und stellt sich nicht freiwillig Seite an Seite mit den im Streik befindlichen Genossen, da er durchaus das Gefühl hat, als einzelner keinen Einfluß auf den Kampf zu haben, der letzten Endes doch nur von der Zentrale aus geführt und entschieden wird. Sein Interesse erlahmt. — Sind aber alle Betr.-Org. föderalistisch miteinander verbunden, ist jede einzelne Betr.-Org. bei größeren Aktionen verantwortlich für die übrigen, so wird auch bei dem letzten Unionisten das Klassensolidaritätsgefühl geweckt, das Interesse für den Kampf gestärkt. Aus eigenem Willen wird er freiwillig und um so energischer für die Kämpfenden eintreten; „denn nur der freie Wille schafft die freiwillige Tat“.

Die Schäden des Zentralismus gehen nach unionistischer Ansicht aber noch tiefer. Was die sozialdemokratischen Parteien, die in engster Verbindung mit den Gewerkschaften stehen, in Zukunft erreichen wollen, ist die Einführung des Sozialismus, d. h. des Staatssozialismus. Im Wesen des Staatssozialismus liegt es aber bereits, daß er zentralistisch aufgebaut und von einem einheitlichen Willen geleitet werden muß. — Was die Unionisten wollen, ist aber etwas durchaus anderes: die klassenlose, kommunistische, auf dem Räte-system aufgebaute Gesellschaft. Im Wesen dieser Gesellschaftsverfassung liegt schon die Idee der Dezentralisation. Deshalb glauben sie, daß sich die A. A. U. keine der kommunistischen Gesellschaft entgegengesetzte Organisationsform geben kann. Entweder sie verfolgt ihr Ziel, schließt die Betriebe föderalistisch zusammen, baut sich auf freiwilliger Solidarität und Unterordnung auf und bereitet so die kommunistische Gesellschaft vor, oder sie zentralisiert sich, unterwirft sich Partei und Gewerkschaftsführern und wird staatssozialistisch.

Demgegenüber suchen die Berliner Unionisten und diejenigen, die ihren Gedankengängen nahestehen, den notwendigen zentralistischen Aufbau der Union aus folgenden Gründen zu rechtfertigen. Sie suchen sich erst einmal über das Wesen der beiden Organisationsformen und über ihre Entwicklungsmöglichkeiten in der heutigen Wirt-

schaftsordnung Klarheit zu verschaffen, bevor sie daran gehen, zu dem einen oder anderen System Stellung zu nehmen. Einig sind sie allerdings von vornherein mit den „Föderalisten“ in dem Kampf gegen jene Art des Zentralismus, die sich in dem Vorhandensein einer kleinen, aber mit den höchsten Vollmachten ausgestatteten Gewerkschaftsbürokratie ausdrückt. Die rücksichtslose Bekämpfung dieser vor allem in den Freien Gewerkschaften in Erscheinung tretenden Organisationsform bedeutet auch für sie eine Selbstverständlichkeit. Ist doch der Kampf gegen diesen „Absolutismus“ und um die Selbstbestimmung der Massen einer der Grundgedanken der A. A. U. Aber nicht um einen solchen „Zentralismus“ geht hier für sie der Streit, sondern um das gegenteilige Prinzip: den Föderalismus. Das föderalistische Prinzip bedeutet ihnen — konsequent zu Ende gedacht — die völlige Autonomie nicht nur jedes Wirtsch.-Bez. und jeder Betr.-Org., wie die Hamburger Richtung es will, sondern letzten Endes auch das Recht auf Selbstbestimmung jedes einzelnen Individuums. Damit sehen sie dann wieder jenen Individualismus erreicht, der das Leitmotiv der bürgerlich-kapitalistischen Welt und ihrer Wirtschaftsweise bildet, und welcher der kommunistischen Gesellschaftsordnung diametral entgegengesetzt ist. Aber auch wenn dieses Prinzip nicht so stark auf die Spitze getrieben wird, hat es doch nur die Folge, daß an Stelle des einen unvermeidlichen Zentralismus es zu einer Fülle von Gelegenheiten kommt, wo der „Zentralismus“ des Wirtsch.-Bez. dem der Betr.-Org. gegenübersteht. Den gesunden und berechtigten Kern im Gedanken des Föderalismus sehen die Berliner im richtig angewandten Prinzip der Selbstbestimmung im Gegensatz zu jenem veralteten „Zentralismus“ oder, wie sie statt dessen sagen, „Absolutismus“, der von oben herab Befehle erläßt, ohne auf die Eigenart der einzelnen Wirtsch.-Bez. und Bez.-Org. Rücksicht zu nehmen. Aber die Voraussetzung für die autonome Betätigung jeder Betr.-Org. ist ihnen die Einordnung in den Rahmen der Gesamtorganisation.¹⁾ Nur diese Organisationsform kann bei der heutigen Kräfteverteilung und Wirtschaftsverfassung zum Erfolge führen. Denn im Grunde ist die ganze Frage, wie sie Gegenseite stellt, schief. Durch die Gegenüberstellung von Zentralismus oder Föderalismus wird immer der Eindruck erweckt, als ob nach Belieben dem

¹⁾ „Einheitliche Grundauffassung und der Wille zur Unterordnung unter die Gesamtheit sozialen Denkens und Wollens bilden die wesentlichen Bestandteile dessen, was wir unter zentralistischem Prinzip verstehen.“ („Der Kampf“ I, 37.)

einen oder anderen Prinzip der Vorzug gegeben werden kann. In Wahrheit aber muß diejenige Organisationsform gewählt werden, die sich als geschichtliche Notwendigkeit aus dem Übergang der kapitalistischen in die kommunistische Wirtschaftsordnung von selbst ergibt, und die durch das heutige System von vornherein vorgezeichnet ist. Dieses Wirtschaftssystem, das sich immer straffer organisiert und zentralisiert und längst über die nationalen Grenzen hinausgewachsen ist, erfordert auch eine gleich aufgebaute Organisation der Arbeiter.

Der Streit um die Frage der Zentralisation oder Dezentralisation, der praktisch in der A. A. U. längst zugunsten der ersteren entschieden war¹⁾, hat für die deutsche Unionsbewegung eine tiefe, symptomatische Bedeutung. Es offenbart sich in ihm nämlich im Grunde der Gegensatz zwischen den beiden Richtungen, die sich von Anfang an in der Bewegung gegenüber standen und nur langsam ineinander aufgingen: zwischen denjenigen Unionisten, die vom Syndikalismus herkamen und noch ganz in dessen Anschauungen lebten, und denjenigen revolutionär gesinnten Arbeitern, die aus den Kreisen der alten Sozialdemokratie zur Union übergetreten waren, aber dennoch sich noch nicht ganz von deren Ansichten lösen konnten. Anhänger der idealistischen und materialistischen Geschichtsauffassung stehen sich hier gegenüber. Die einen suchen, obgleich auch sie die praktischen Erfahrungen, die sie mit den Freien Gewerkschaften gemacht haben, zum Ausgang ihrer Diskussion nehmen, zu beweisen, daß die Organisation durchaus nur föderalistisch zusammengeschlossen sein brauche, wenn nur die ideellen, geistigen Kräfte in der Masse der revolutionären Gewerkschaftler geweckt würden. Wille zur Mitarbeit, Verantwortlichkeitsgefühl, höchste Kampffessolidarität und freiwillige Unterordnung sollen allein genügen, um die föderalistisch aufgebaute Union kampffähig und aktionsfähig zu machen und gleichzeitig die Gefahren der Zentralisation zu vermeiden. — Demgegenüber legen die anderen als „Marxisten“ den größten Wert darauf, diejenige Organisationsform zu schaffen, die dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem entspricht, und suchen deshalb die Struktur der revolutionären Gewerkschaften den ständig wechselnden ökonomischen Verhältnissen anzupassen. Denn letztere allein sind als primäre Gestaltungsfaktoren ausschlaggebend und haben allein die Struktur der Organisation zu bestimmen. — Dieser Gegensatz zwischen den beiden

¹⁾ Vgl. aber Nachwort.

Richtungen, der sich nicht nur etwa in der deutschen Unionsbewegung, sondern gleichermaßen in derselben Bewegung der beiden anderen Industrieländer zeigt, da auch in ihnen ebenfalls syndikalistisch-anarchistische und sozialistisch-marxistische Elemente miteinander vermischt sind, gewinnt allerdings seine besondere Bedeutung erst in der Stellung, welche die Unionisten aller drei Länder zum Marxismus einnehmen.

5b. Die Stellung der A. A. U. zur Partei und zum Parlament¹⁾.

Derselbe starke Gegensatz zwischen diesen beiden Richtungen tritt auch in der deutschen Unionsbewegung wieder bei der Frage zutage, wie sich die A. A. U. zur politischen Partei zu verhalten habe. Dieselben Probleme haben auch hier wie seinerzeit bei der I. W. W. bisher auf jeder Reichskonferenz zur Diskussion gestanden; dieselben beiden Richtungen stehen sich auch hier gegenüber; fast dieselben Argumente für und wider werden geltend gemacht, dort ist es die Socialist Labor Party, hier die „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands“ (K. A. P. D.), die als einzige Partei überhaupt in Frage kommt, der man sich im Zweifelsfalle anzuschließen oder mit der man zusammenzugehen hat. Und doch ist es wieder typisch für die A. A. U., die sich ja bei weitem nicht aus so heterogenen Elementen zusammensetzt wie die I. W. W., daß der Kampf längst nicht in der Schärfe ausgetragen wird wie dort und sich die Gegensätze bisher nicht als so unüberbrückbar erwiesen haben, daß es schließlich zur Trennung zwischen diesen beiden Richtungen gekommen wäre¹⁾. Denn in Deutschland waren schon von vornherein alle Unionisten, ob sie nun vom Syndikalismus, der alten Sozialdemokratie oder den Freien Gewerkschaften herkamen, sich über den Hauptpunkt völlig einig: daß ein Zusammengehen mit denjenigen politischen Parteien, die sich an den Parlamentswahlen und anderen öffentlich-rechtlichen Wahlen beteiligen und in den Parlamenten vertreten sind, von vornherein ausgeschlossen ist²⁾. So stand von vornherein eigentlich nur

¹⁾ Vgl. indessen Nachwort.

²⁾ Die einzige kleine Gruppe, die von vornherein nicht die Leitsätze der A. A. U. anerkannte, waren die Braunschweiger Unionisten. Da sie ihre eigene Prinzipienerklärung, die fast wörtlich von denen der Detroit-Richtung der W. J. J. U. übernommen ist — war doch ihr Führer Dannenberg ein Schüler von De Leon — in der A. A. U. nicht durchzusetzen vermochten, zogen sie daraus die Konsequenz und traten nach der 3. Reichskonferenz aus. (Vgl. „Die Fackel“,

die Frage zur Diskussion, ob man mit derjenigen politischen Partei, die zwar jede Beteiligung an den Parlamenten ablehnte, aber dennoch unter den heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen als politische Partei ihre Daseinsberechtigung zu haben glaubte — ob man mit der K. A. P. D. zusammengehen, mit ihr sympathisieren oder sie völlig ablehnen und bekämpfen müsse. Die Gründe, welche die beiden Richtungen hierfür anführen, ihre Auffassung von den Aufgaben und Zielen der Partei und der Politik, sind hier allein interessant. Denn sie geben uns einen tiefen Einblick in das Wesen dieser revolutionären Gewerkschaftler, lassen die geistigen Kräfte ahnen, die hinter ihrer Bewegung stehen.

Der Ausgangspunkt beider Richtungen ist hierbei derselbe: ist die Politik und die politische Schulung der Arbeiterschaft Sache der Partei oder der Union (als Vertreterin der Arbeiterklasse)? Die Hamburger syndikalistische Richtung¹⁾ ist durchaus der Meinung, daß sie allein Sache der ganzen Klasse sei. Es gibt nur eine Politik, und das ist Klassenpolitik. — Eine der Hauptschwächen der alten Gewerkschaften war ihre politische Neutralität, war der Glaube, daß wirtschaftlicher und politischer Kampf zweierlei verschiedene Arten des Klassenkampfes seien, während gerade die Unionierten die Durchführung einer einheitlichen proletarischen Klassenpolitik als ihre wesentliche Aufgabe ansehen. Genau und konkret zu umschreiben, welcher Art diese Politik ist, erscheint ihnen heute noch unmöglich. „Unsere politischen Begriffe gehören einer vergangenen Epoche an²⁾.“ Nur soviel ist heute schon klar erkennbar, daß die Politik der Union eine ganz natürliche Erscheinung ist, die aus der Verquickung von Politik und Wirtschaft

Organ der „Sozialistischen Industriearbeiter-Union“, Braunschweig. Jahrg. I, 2). Praktisch spielt sie heute in der deutschen revolutionären Gewerkschaftsbewegung überhaupt keine Rolle; ihr früherer Bezirk ist von der A. A. U. mit übernommen. (Vgl. „Der Kampf“, Jahrg. I, Nr. 41, 44).

¹⁾ Daß die „Hamburger“ sich in dieser Frage durchaus mit den Syndikalisten wesensverwandt fühlen, geben sie selber zu. Gleich in einer der ersten Nummern ihrer Zeitung heißt es bei der Behandlung der Frage „Partei oder Klassenpolitik“: „Wir erblicken im Syndikalismus den dialektischen Gegensatz der alten Arbeiterbewegung. In der syndikalistischen Bewegung sammelten sich alle die Arbeiter, die durch die Korruption der S. P. D. und der Gewerkschaften abgestoßen wurden, und wir heißen alle diejenigen Syndikalisten willkommen, die auf dem Boden der Rätediktatur stehen.“ („Der Unionist“, Jahrg. I, 2).

²⁾ Ebenda, I, 4.

sich ergibt; beide bilden ein Ganzes. Die Unionspolitik ist nicht etwa heute überflüssig. Mehr denn je verlangt der ökonomische Kampf der revolutionären Gewerkschaftler politische Orientierung. Die Gewerkschaftler haben jeden wirtschaftlichen Kampf zum politischen auszuweiten, wenn sie zum Ziele kommen wollen. „Die Befreiung der Arbeiterklasse ist allerdings in erster Linie der Kampf um die politische Gewalt. Aber dieser Kampf hat immer zu entbrennen in den Betrieben, hat die Wirtschaft lahm zu legen, hat sich auf die Straße zu verpflanzen, hat den Untergrund (die Wirtschaft) und den Oberbau (die Politik) zu ergreifen¹⁾.“ Auf keinen Fall kann und darf der wirtschaftliche Kampf die Politik negieren, aber er muß über die Partei hinauswachsen und Sache der Klasse werden. „Klassenkampf ist nicht Parteisache.“

Welche Funktionen hat dann noch heute die politische Partei zu erfüllen? Die Hamburger Unionisten geben ohne weiteres zu, daß in der Gegenwart die historische Rolle der politischen Partei noch nicht erschöpft ist. Aber die Erscheinungen der letzten Jahre — der Verlauf der politischen Revolution in Deutschland, der überragende Einfluß aller Wirtschaftsorganisationen auf das öffentliche Leben — scheinen ihnen den unumstößlichen Beweis dafür zu liefern, „daß für die politischen Parteien eine Ära abgeschlossen ist“²⁾. Insbesondere die sozialistischen Parteien haben ihre Aufgaben erfüllt. Sie waren in einer Zeit nötig, in der das Klassen- und Selbstbewußtsein der Arbeiter noch nicht erreicht war. Damals haben sie in langsamer, unermüdlicher Pionierarbeit den Arbeitern die Ideen des Sozialismus und Klassenkampfes eingehämmert. Aber heute, wo die Massen in den Betrieben durch die gemeinsame Arbeit und dieselben Interessen fester zusammengeschweißt werden, da die Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats von Tag zu Tag stärker in Erscheinung tritt, wird die politische Organisation als weiterer und zugleich loserer Verband überflüssig und abgelöst werden durch die Wirtschaftsorganisation, d. h. Betr.-Org. als engste, lebensfähigste Gemeinschaft. — Dieser mit Notwendigkeit erfolgenden Entwicklung kann sich natürlich auch die politische Partei der K. A. P. D. nicht entziehen. Wenn auch zugegeben werden muß, daß diese Partei als einzige sozialistische für die A. A. U. eintritt und nicht wie die übrigen zentralistisch aufgebaut ist und so die Gefahren jener Organisations-

¹⁾ „Der Unionist“, I, 17.

²⁾ Ebenda, I, 4.

weise vermeidet, so ist doch andererseits klar, daß sie sich als Partei in dem Augenblick selbst aufgibt, in dem sie nicht ihre eigenen Parteiziele höher stellt als alle anderen. Und das ist für die Union das Entscheidende: „Nicht Parteidiktatur, sondern Klassendiktatur“. Die Unionisten aber irgendwie politisch aufklären zu wollen, das fällt der K. A. P. D. nicht mehr zu. Die Union braucht heute ihre politische Orientierung von außen überhaupt nicht mehr zu empfangen; sie hat sie selbst zu geben. „Die K. A. P. D. hat ihre historische Aufgabe erfüllt; sie war der Übergang von der Parteibewegung zur Klassenbewegung“¹⁾.

Das, was im Grunde aber die Hamburger Richtung davon abhält, der politischen Partei irgendwie gerecht zu werden, ist ihre Abneigung gegen den Zentralismus, der ihr im Wesen jeder Partei — letzten Endes auch der K. A. P. D. — zu liegen scheint. „Partei oder Klasse — Zentralismus oder Föderalismus, Herrschaft über die Arbeiter oder Herrschaftslosigkeit, das sind letzten Endes dieselben Fragen“²⁾. Daraus ergibt sich schon von vornherein, daß die Berliner Richtung, für die es in der Frage der Zentralisation kein „entweder-oder“ gibt, auch zum Problem der politischen Partei anders Stellung nehmen muß. Auch sie ist der Ansicht, daß die Union als Klassenorganisation wirtschaftlich und politisch zugleich kämpft, daß ihr Ziel die Einheitsorganisation, „die Einheit der Räteorganisation, im Zusammenschluß von wirtschaftlichen und politischen Räten, von Produktion und Politik“³⁾ sein und daß sie in erster Linie selbst dieses Ziel unter ihren Mitgliedern täglich und stündlich propagieren muß. Aber daraus zieht sie noch keineswegs die Folgerungen, welche die Hamburger aus dieser Tatsache ziehen. Aus dem Charakter der Union ergibt sich zwar, daß

¹⁾ „Der Unionist“, I, 1. Entsprechend dieser Auffassung faßten die Hamburger Unionisten noch im März 1921 folgende Resolution, der sich auch der übrige Wirtsch.-Bez. anschloß: „Die allgemeine Mitglieder-Versammlung der Ortsgruppe Groß-Hamburg sieht in der Zugehörigkeit der Unionisten zu politischen Parteien eine Inkonzessenz. Die A. A. U. kämpft als Einheitsorganisation politisch und wirtschaftlich. Deshalb lehnt die Ortsgruppe es ab, die A. A. U. unter die Führung einer Partei zu stellen. Es bricht sich die Erkenntnis mehr und mehr Bahn, daß Arbeiterparteien proletarische Klasseninteressen nicht vertreten können. Diese Auffassung weiter zu verbreiten, ist eine der Aufgaben der von der Notwendigkeit der Betr.-Org. überzeugten Mitglieder . . . Das proletarische Selbstbewußtsein und damit die Loslösung von den Parteien kann nur durch eigenes Denken erreicht werden.“ („Der Unionist“, II, 10); vgl. Nachwort.

²⁾ „Der Unionist“, I, 17.

³⁾ Die Allg. Arbeiter Union, a. a. O., S. 25.

sie schärfste Gegnerin aller Parteipolitik ist (wobei die Berliner unter Parteipolitik jede Art parlamentarischer Politik — im weitesten Sinne — verstehen). Aber die K. A. P. D. ist für sie keine Partei, da sie nicht eine parlamentarische, sondern eine rein politische Organisation ist. Für lange Zeit hat sie noch große Aufgaben zu lösen. Es ist nach ihrer Ansicht nicht richtig, daß die „Selbstbewußtseinsentwicklung“ des Proletariats schon soweit fortgeschritten sei, um ihre weitere Ausbildung allein der Betr.-Org. überlassen zu können. Die Hauptaufgabe der K. A. P. D. ist eben infolge ihres größeren Wirkungskreises, die Entwicklung des proletarischen Selbstbewußtseins zu fördern. Eine durchgreifende politische Schulung der Arbeiterschaft ist nach ihrer Meinung immer nur möglich auf dem Boden eines Parteiprogramms, d. h. im Rahmen einer Parteiorganisation. Hierbei muß naturgemäß die K. A. P. D. in erster Linie alle die Bezirke übernehmen, in denen die ökonomische Entwicklung noch nicht soweit fortgeschritten ist, daß sich dort Betr.-Org. in größerem Maße gebildet haben. Ost-Sachsen ist nicht Ost-Friesland, das Ruhrgebiet nicht Pommern; ist hier die Gelegenheit für die Tätigkeit der Union günstiger, so dort die Propagandamöglichkeiten für die Partei. — Ob schließlich die Partei in die Union oder umgekehrt die Union in die Partei aufgehen wird, ist für die Berliner eine sekundäre Frage. „Das hängt von historisch-materialistischen Ursachen, von Produktions- und Klassenverhältnissen, nicht von unserem freien Willen ab¹⁾.“ Im allgemeinen sind sie jedoch der Ansicht, daß augenblicklich die primäre Bedeutung der Partei, in Zukunft bei fortschreitender Klassenentwicklung der Union als der künftigen Einheitsorganisation zu fallen wird. „Die Union wird an Wichtigkeit täglich zunehmen, die Partei wird in gleichem Maße an Bedeutung verlieren²⁾“. — Aus all den Gründen glaubt die Berliner Richtung, daß unter den gegebenen Verhältnissen heute die A. A. U. und die K. A. P. D. Hand in Hand für dasselbe Ziel zu kämpfen hätten. Diese Ansicht setzte sich in der Folgezeit auch in den anderen Wirtschaftsbezirken mehr und mehr durch³⁾. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß trotz dieses Beschlusses noch heute in der A. A. U. eine starke Oppositionsgruppe besteht. Ob und wie weit dieses zu

¹⁾ „Der Proletarier“, Jahrg. I, Heft 4, S. 8.

²⁾ „Der Kampftruf“, I, 33. Vgl. auch: Die Allg. Arbeiter Union, a. a. O., S. 27.

³⁾ Auf der 3. Reichskonferenz einigte man sich schließlich auf folgende

einem dauernden Konflikt innerhalb der A. A. U. führen wird, hängt nicht zum wenigsten von der Entwicklung der K. A. P. D. ab, besonders aber von der Stellung, die sie in Zukunft zur 3. Internationale einnehmen wird¹⁾.

Herrschte in der Frage, wie sich die Union heute zur Partei stellen soll, noch große Uneinigkeit, so sind sich alle Unionisten — wie bereits erwähnt — darüber völlig klar, daß sie nicht an den Wahlen zum Parlament²⁾ oder zu öffentlich-rechtlichen Körperschaften teilnehmen dürfen. Wenn auch die Tatsache als solche in diesem Zusammenhang bedeutungslos ist, ist es dennoch zur Charakterisierung dieser Bewegung wesentlich zu erkennen, weswegen die Unionisten den Parlamentarismus als eine durch die bestehenden ökonomischen Verhältnisse überwundene Erscheinungsform ansehen³⁾. Wie kommt es, fragen sie, daß bei den Proletariern heute noch so verschiedene Wertschätzungen über die Wichtigkeit des Parlamentarismus in der jetzigen Phase des Klassenkampfes bestehen? Diese Differenzen werden nicht etwa künstlich von einzelnen Männern hervorgerufen, sondern sind die ideelle Widerspiegelung einer ungleichen Einschätzung der vor den Augen der Arbeiterschaft sich vollziehenden Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse. Auch für den Parlamentarismus gilt, was von den gesellschaftlichen Ideen überhaupt gilt: „Er ist kein starres Dogma oder das immer Richtige . . . Die politische Ökonomie bedingt auch ihn⁴⁾“. Erst wenn man ihn vom Gesichtspunkt der materialistischen Geschichtsauffassung aus als etwas historisch Bedingtes betrachtet, wird einem seine jetzige Bedeutung klar. Ursprünglich wurde er benutzt als Waffe des jungen Kapitalismus, des auf-

Fassung, die auch ins Programm der A. A. U. aufgenommen wurde: „Die Einheitsorganisation ist das Ziel der A. A. U. . . . Ohne die Existenzberechtigung der politischen Parteien anzuerkennen (denn die geschichtliche Entwicklung drängt zu ihrer Auflösung), führt die A. A. U. gegen die politische Organisation der K. A. P., die Ziel und Kampfweise mit der A. A. U. gemein hat, keinen Kampf, sondern ist bestrebt, im revolutionären Kampf mit ihr gemeinsam vorzugehen.“ (Satzungen und Programm der A. A. U., a. a. O., Abschn. 9).

¹⁾ Über die neueste Entwicklung vgl. das Nachwort.

²⁾ Hierin unterscheiden sich also die deutschen Unionisten wesentlich von den amerikanischen Unionisten. Denn dort wurde bei der Frage der „political clause“ immer stillschweigend, aber als selbstverständlich, vorausgesetzt, daß sie bedeutet: Beteiligung an Parlamenten oder nicht.

³⁾ Vgl. zu dieser Frage besonders „Der Proletarier“, Jahrg. I, Heft 1, 2, 3.

⁴⁾ Ebenda, Heft 1, S. 12.

steigenden Bürgertums gegen Grundherren, Adel und Königtum. Doch bald lernte auch das zum Kapitalismus gehörende Proletariat, sich dieses Kampfmittel zu nutze zu machen. Mit weiterer Entwicklung des Kapitalismus verschärften sich die Klassengegensätze zwischen Bürgertum und Proletariat; sie, die ursprünglich zusammengingen, stehen sich jetzt als erbitterte Gegner im Parlament gegenüber. Durch gegenseitige parlamentarische Kompromisse suchte man zunächst, den Gegensatz zu mildern. Damals war in der Tat der proletarische Vortrupp noch zu schwach, um durch größere Aktionen den Kapitalismus niederzuringen. So war unter diesen Umständen der Parlamentarismus, das Verhandeln, wenn auch eine unvollkommene, so doch immer eine Waffe in der Hand des jungen Proletariats. Mit der ständig wachsenden zahlenmäßigen und geistigen Entwicklung des Proletariats, mit der stetigen Verschärfung des Klassengegensatzes — es stehen sich im Parlament heute nur noch Kapital und Arbeit gegenüber — ist das Parlament für die Arbeiterschaft nicht nur unnütz, sondern geradezu schädlich. Denn es kommt jetzt nicht mehr darauf an, den Klassenkampf zu verschleiern, sondern die Gegensätze so zuzuspitzen, sie so unüberbrückbar zu machen, daß auch der letzte Arbeiter einsieht, daß sie nicht durch Verhandlungen, sondern nur durch gewaltsame Aktionen (Revolutionen) beseitigt werden können. Das wurde aber gerade nach Ansicht der Unionisten durch die „sogenannte positive Arbeit“ der zahlreichen Arbeitervertreter im Parlament verhindert, deren tatsächliche Erfolge bald im umgekehrten Verhältnis zur Abgeordnetenzahl standen. Tiefer und tiefer sank die historische Bedeutung des Parlamentarismus als Mittel für positive Erfolge; wirkliche Erfolge wurden nur durch das Wirken außerhalb des Parlamentes errungen.

Die unmittelbaren Folgen dieser Taktik waren nach unionistischer Ansicht für das Proletariat sehr ungünstig: Die sozialistischen Parteien propagieren die Auffassung: je mehr Mandate, um so größer der Erfolg. Diese Mandatspolitik muß in den Köpfen der minder Aufgeklärten den Gedanken hervorrufen, daß die Abgabe eines Stimmzettels bereits eine revolutionäre Aktion bedeute. „Die Vergiftung der Ideologie der zum Klassenbewußtsein erwachenden Schichten“, die Lähmung des Gedankens des wirklichen Klassenkampfes war die Folge. Alle Argumente, welche die Befürworter des Parlaments, besonders die linken sozialistischen Parteien, anführen (Gelegenheiten zu Agitationsreden,

Möglichkeiten, durch die Wahlen das Kräfteverhältnis der Klassen festzustellen u. dgl.) sind bei näherer Betrachtung hinfällig. „In der Erkennung ihrer wirtschaftlichen Stellung liegt in erster Linie die Stärke einer Klasse¹⁾“. Diese Erkenntnis wird aber nicht durch Zählen der Stimmen, sondern allein durch immer erneute Aktionen gewonnen. Im Grunde entspricht dieses ja auch durchaus dem Willen der großen Masse der Arbeiterschaft. Gerade die Erfahrungen der letzten Jahre haben immer wieder bewiesen, daß der Wille sich aktiv zu betätigen, selbst seine Geschicke in die Hand zu nehmen, bei den Massen vorhanden ist. Der stärkeren Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse der letzten Jahre ist die schnellere Revolutionierung der Köpfe gefolgt. Das ist gerade der Fehler der alten sozialistischen Parteien, daß sie die neue Veränderung der ökonomischen Verhältnisse und die sich aus ihr ergebende neue geistige Einstellung der Arbeiterschaft nicht erkennen, daß ihre juristischen und politischen Vorstellungen noch immer „Spiegelbilder“ der wirtschaftlichen Zustände vor dem Kriege sind. Früher oder später werden sie ja mit Notwendigkeit die Widersprüche zwischen den neuen Produktionsverhältnissen und ihren alten Ideologien auch erkennen. Bis dahin müssen aber wenigstens die Unionisten, als fortgeschrittenster Teil des Proletariats, diejenigen Mittel anwenden, die unter den gegebenen Bedingungen allein Erfolg versprechen. Dazu ist aber „der Parlamentarismus mit seinen den Kampf abschwächenden und die Anschauungen verfälschenden Tendenzen das allerungeeignetste Mittel“²⁾. Andere Mittel müssen an die Stelle treten, die den veränderten Verhältnissen entsprechen. Die „direkte Aktion“, die unmittelbare Tätigkeit des Arbeiters selbst, gilt den deutschen Unionisten als einziges „Kampfmittel“, das heute noch Erfolg verspricht.

5c. Die Stellung der A. A. U. zur direkten Aktion.

Die Frage der „direkten Aktion“, deren Wert, Bedeutung und Erfolgsmöglichkeit für die Arbeiterklasse in der französischen syndikalistischen Literatur besonders in den Schriften eines Sorel und Berth ständig zum Gegenstand eingehender Untersuchungen gemacht wurde, nimmt auch in den deutschen syndikalistischen Schriften offenbar unter dem starken Einfluß Frank-

¹⁾ „Der Proletarier“, I, Heft 3, S. 13.

²⁾ Ebenda, S. 14.

reichs von Anfang an einen breiten Raum ein. Unter Führung einiger Intellektueller¹⁾ wie Oerter und Rucker sind immer wieder rein theoretisch die Bedeutung jeder Aktion als Kampf- und Erziehungsmittel des Proletariats sowie ihre moralische Berechtigung und die verschiedenen Möglichkeiten ihrer Anwendung diskutiert worden²⁾.

Demgegenüber ist es auffallend, daß es den deutschen Unionisten noch nicht gelungen ist, ihre Stellung zur direkten Aktion irgendwie theoretisch tiefer zu fundieren³⁾. „Im übrigen, über Sabotage spricht man nicht, das tut man“⁴⁾, ist auch heute noch ihre Meinung. Den Generalstreik etwa gar wie die Franzosen als einen Mythos anzusprechen, in dem der Sozialismus schon voll und ganz enthalten ist, als eine Zusammenfassung von Bildern, die geeignet ist, beim Arbeiter instinktiv alle Gefühle gegen den Kapitalismus wachzurufen und ihm gleichzeitig alle Vorteile der zukünftigen sozialistischen Gemeinschaft vorzugaukeln — davon sind allerdings die deutschen Unionisten weit entfernt. Für sie ist auch der Generalstreik nur eins von vielen Mitteln⁵⁾, um das Ziel der Diktatur des Proletariats zu erreichen. Die „Diktatur des Proletariats“ und nicht, wie bei den Syndikalistern, der Generalstreik, ist es aber, welche sie als unmittelbares Ziel durch die direkte Aktion erreichen wollen. Ruhig und nüchtern suchen sie sich Klarheit darüber zu verschaffen, welche Kampfmittel sie als revolutionäre Gewerkschaftler, die noch lange Zeit in der Minderheit bleiben werden, anwenden müssen, um die Macht in die Hand zu bekommen. Von irgendwelchen Illusionen wissen sie sich in den meisten Fällen frei. Alle Imponderabilien, die gegebenenfalls einwirken könnten, schalten sie bei ihren Berechnungen nach Möglich-

¹⁾ *Rucker und Oerter können nicht eigentlich als „Intellektuelle“ bezeichnet werden. Oerter ist von Beruf Steindrucker, Rucker, der sich allerdings das gesamte geistige Rüstzeug des „Intellektuellen“ zu eigen gemacht hat, ursprünglich Buchbinder.

²⁾ Vgl. „Der Syndikalist“, Organ der Freien Arbeiter-Union Deutschlands. Berlin, Jahrg. II, Nr. 31, 32, 33, 39, 44. — Rud. Rucker, a. a. O., sowie Georges Yvetot, Das A-B-C des Syndikalismus. Übersetzt v. J. Kreisberg. Wien 1920, passim.

³⁾ Vgl. z. B. „Der Unionist“, I, 4, 17. „Der Kampftruf“, I, 30, 50.

⁴⁾ „Der Unionist“, I, 4.

⁵⁾ „Nur vor der syndikalistischen Illusion muß sich die Arbeiterklasse hüten, daß mit dem Generalstreik allein der Kapitalismus zertrümmert werden könnte. Eine solche Auffassung verdient wahrhaftig das Prädikat „Generalunsinn“. („Der Kampftruf“, I, 30.)

keit aus. Wohl weisen auch sie auf die Bedeutung hin, die ihre Aktionen für die Steigerung des Selbstbewußtseins, der Klassensolidarität und des Kampfwillens des gesamten Proletariats haben werden, und versuchen gelegentlich die Notwendigkeit ihrer Kampfmittel ethisch zu rechtfertigen. Aber diese Untersuchungen mehr prinzipieller Art, die in der syndikalistischen Literatur einen so breiten Raum einnehmen, treten durchaus hinter der Frage zurück, wie sie heute, ohne auf die Unterstützung der — nach ihrer Meinung — willenslosen, indifferenten Mehrheit der Arbeiterschaft rechnen zu brauchen, ihren Willen durchsetzen können.

Einig sind sich alle Unionisten darin, daß die Taktik der „freigelassenen“ Gewerkschaften, die den größten Wert auf das Ansammeln von Streikfonds legen, weil sie der Ansicht sind, daß nur dann gestreikt werden dürfe, wenn die Kassen einen Streik aushielten, und aufgehört werden müsse, sobald keine Unterstützung mehr ausbezahlt werden könne, daß diese Taktik grundfalsch sei. „Streikfonds sind das Übel, das jeden ernsthaften Lohnkampf unmöglich macht“¹⁾. Ein Streik ist immer nur auf Kosten der Allgemeinheit zu führen; je größer die Zahl der Streikenden, desto mehr schrumpft die Allgemeinheit zur Allgemeinheit der Besitzenden zusammen. Kampfbeiträge, welche die Unionisten im weitesten Maße freiwillig leisten, dürfen immer nur den Zweck haben, diejenigen Unionisten zu unterstützen, welche die von den Freien Gewerkschaften geführten Teilstreiks mitmachen müssen, weil sie sich nicht der Klassensolidarität entziehen können. Für die allein Erfolg versprechenden großen Streiks gilt ihnen aber auch heute noch das Wort Wallensteins, daß der Krieg den Krieg zu ernähren hat²⁾. Kleinstreiks und Lohnkämpfe sind ihnen unter den heutigen Verhältnissen diejenigen Mittel der direkten Aktion, die am wenigsten Erfolg versprechen, und bei denen sich die revolutionären Gewerkschaftler selbst am wenigsten betätigen können. Kleinstreiks und Lohnbewegungen drücken die Arbeiter in die Indifferenz zurück und machen sie glauben, ihre Lage könne durch Lohn erhöhungen oder doch durch weitgehendste Geldunterstützungen — „Geldsolidarität“ — anderer Arbeiter aufgehalten werden. Geldsolidarität für kämpfende Klassengenossen ist den Unionisten aber

¹⁾ Karl Roche, Die Allgemeine Arbeiter-Union. Hamburg o. J., S. 9.

²⁾ Diese Kritik der Streiktaktik der Freien Gewerkschaften berührt sich eng mit den Anschauungen der revolutionären französischen Syndikalistern. Vgl. Anton Acht, Der moderne französische Syndikalismus. Jena 1911, S. 101 ff.

immer die niedrigste Art der Klassensolidaritätserweisungen¹⁾. Deshalb ist die A. A. U. grundsätzlich gegen Kleinstreiks und Lohnbewegungen, wenn sie nur die Verbesserungen des Lohnes einzelner Arbeiterschichten zum Ziele haben.

Viel wichtiger und nachhaltiger ist es, dort zu streiken, wo der Streik nichts kostet — bei der Arbeit. Sabotage und passive Resistenz wird von den Unionisten im weitesten Maße gepredigt²⁾ und zu rechtfertigen gesucht. Besonders nach dem Zusammenbruch der Märzunruhen 1921 in Mitteldeutschland wurde von ihnen die passive Resistenz als die unter den gegebenen Verhältnissen einzig mögliche Kampfesart dargestellt. Als gewerkschaftliches Kampfmittel ist sie ihnen gewissermaßen Streikersatz; da die Arbeitsniederlegung keinen Erfolg hatte und in absehbarer Zeit auch keinen haben wird, braucht der Kampf dennoch nicht zu ruhen. An die Stelle der Massenaktionen hat die Handlung jedes einzelnen zu treten; an Stelle der Arbeitsniederlegung die Einschränkung der Arbeitsleistung. — Wie diese Sabotage im einzelnen gehandhabt werden soll, darüber lassen sie sich nicht näher aus. Es ist typisch für das Fehlen jeder unionistischen Theorie der direkten Aktion, daß, während die Syndikalisten — besonders die Franzosen — in geradezu raffinierter Weise ein ausgeklügeltes System von Sabotagemöglichkeiten aufgestellt haben, die deutschen Unionisten hierin alles der eigenen Initiative des einzelnen überlassen. „Die Mittel sind gegeben. In den Betrieben, an den Stätten der Arbeit und des Kampfes ersinnt sich der Proletarietkommunist seinen Text, wonach jedes Mittel recht ist, wenn es den Mitteln der Proletarietrevolution dient und zum Kommunismus führt³⁾.“ Mannigfaltig sind die Vorteile, welche der Unionist von der Sabotage erwartet. Im weitesten Maße durchgeführt, würde sie schließlich dahin führen, daß, da die Betriebe immer unrentabler arbeiten würden, die Unternehmer keine Aufträge mehr annehmen könnten. Die Arbeiter selbst würden nun die Funktionen der Unternehmer übernehmen und an produktiver Arbeit nachholen, was sie im Kampf um die Gesundung der Produktion versäumen mußten.

¹⁾ „Rücksicht auf das persönliche Wohl, Rücksicht auf das Allgemeinwohl, — aber keine Rücksicht auf den Erfolg des Kampfes drückt sich aus in der Geldsolidarität.“ („Der Unionist“, II, 5.)

²⁾ „Den Arbeitern ist die passive Resistenz eine notwendige und äußerst wichtige Waffe im Klassenkampf.“ („Der Unionist“, I, 17.)

³⁾ Ebenda, II, 16.

Aber auch der unmittelbare Vorteil für den einzelnen Arbeiter ist nicht zu unterschätzen. Vor allem der Kampfwille des Arbeiters wird durch diese Art der direkten Aktion geschult. Es ist nicht wahr, daß passive Resistenz die Arbeiter träge und gleichgültig macht und sie demoralisiert. Im Gegenteil: „Indem der Arbeiter absichtlich seine Handlungen auf die Verhinderung des Produktionserfolges einrichtet, unter den Augen des Meisters Arbeitsleistung vortäuscht, ist er gezwungen, seine inneren Kräfte aufs äußerste anzuspannen. Wille, Energie, Selbstbewußtsein und Klassensolidarität entwickeln sich. Die Ausübung der passiven Resistenz ist geradezu revolutionäre Trainierung¹⁾. . .“ — Und doch haben die Unionisten das Gefühl, die Sabotage irgendwie rechtfertigen zu müssen. Immer wieder betonen sie, nicht aus Freude am Zerstören oder um eines Prinzips willen Sabotage zu treiben, sondern allein aus bitterer Notwehr. Sie können deswegen nicht auf sie verzichten, weil dieses Mittel auch von den herrschenden Gewalten gegen die Arbeiter angewandt wird, und zwar in einer Weise, die weit skrupelloser ist als die ihrige. Denn das, was sie tun, ist ja kein Vernichten von Menschen und Sachen, sondern nur in des Wortes wahrster Bedeutung — sabotieren übersetzen sie mit „necken“ und „ärgern“ — ein ständiges in Unruhe- und Aufregunghalten des Arbeitgebers²⁾. Im übrigen, solange der gesellschaftliche Zustand, freie Konkurrenz, d. h. Kampf aller gegen alle, besteht, gibt es überhaupt keine absolute, ewig gültige Moral³⁾; selbst die Unmoral wird da zur Moral, jede revolutionäre Handlung zur sittlichen Notwendigkeit. — Bei all dem legen die Unionisten aber doch den größten Wert darauf, daß über die direkte Aktion der einzelnen nicht das Endziel aus den Augen verloren wird. Der Schwerpunkt im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung ist und bleibt ihnen die revolutionäre Massentat, die zweckbewußte Einzelakte keineswegs ausschließt. Diese Massentat ist es, die allein die Diktatur des Proletariats herbeiführen wird. Auf die Frage, wie diese Diktatur ermöglicht werden soll, geben die deutschen Unionisten die klare und unzweideutige Antwort: Allein durch Gewalt, und zwar durch

¹⁾ „Der Unionist“, I, 67.

²⁾ „Das Fehlen einer Schraube im Betriebe, das schlechte Funktionieren einer Leitung, jeder Arbeiter kennt solche Mittel, den Unternehmer zu ärgern, — ist kein Zerstören.“ (Ebenda, I, 4.)

³⁾ „Gesellschaftliche Moral ist Anwendung der Naturgesetze auf die Beziehungen der Menschen zueinander.“ (Ebenda, I, 1.)

Waffengewalt¹⁾. „In Deutschland ist der Kampf um die Diktatur durchaus nur als Kampf um die Klassendiktatur möglich. Er kann nur geführt werden mit Hilfe des überwältigenden Teils der bewaffneten Arbeiterschaft²⁾.“ — In diesem Entscheidungskampf wird dann vielleicht der Generalstreik das Vorspiel bilden, dem als „dramatischer Höhepunkt“ der bewaffnete Aufstand folgen muß. — In diesem unbedingten Betonen der Gewalt, der Waffengewalt, als letzten Mittels der direkten Aktion unterscheiden sich die deutschen Unionisten wesentlich von den französischen und auch von den deutschen Syndikalisten. Während die Franzosen ständig mit dem Generalstreik spielen, aber dabei immer unterstellen, daß Gewalt höchstens dann angewandt werden dürfe, „wenn dies nötig ist“³⁾, die Führer der deutschen Syndikalisten (Oerter, Rocker) jede Gewalt und besonders die Waffengewalt als unethisch und die Arbeiter demoralisierend ablehnen⁴⁾, sind die deutschen Unionisten die einzigen, die aus ihrer Stellung zur direkten Aktion und Diktatur diese Konsequenz ziehen.

Es ist für den Außenstehenden unmöglich festzustellen, in welchem Maße die Unionisten ihre Lehren in die Praxis umgesetzt haben, besonders da in den Fällen, in denen offenbar Sabotage u. dgl. vorliegt und die in die Öffentlichkeit dringen, naturgemäß niemals ein Unterschied gemacht wird zwischen Unionisten, Syndikalisten und Kommunisten. Fest steht nur, daß es bisher den Unionisten im Gegensatz zur I. W. W. wegen ihrer geringen Stärke noch niemals gelungen ist, selbständig eine größere Aktion mit Erfolg durchzuführen.

6. Das Verhältnis der Unionisten zu den deutschen Syndikalisten⁵⁾.

Aus dem Vorhergehenden läßt sich bereits zur Genüge erkennen, daß irgendwelche Beziehungen zwischen den Unionisten und den deutschen Syndikalisten, die bisher als einzige revolutionäre Ge-

¹⁾ „Revolution ist die gewalttätige Form des Klassenkampfes.“ (Ebenda, II, 16.)

²⁾ „Der Kampftruf“, I, 50.

³⁾ Vgl. Anton Acht, a. a. O., S. 104 ff.

⁴⁾ „Auf Gewalt und Diktatur wollen wir uns nicht verlassen, desto mehr aber auf die Machtmittel des Syndikalismus.“ („Der Syndikalist“, 1921, Nr. 31.) Vgl. auch 1920, Nr. 32, 44 und Rud. Rocker, a. a. O. — Wie weit diese Ansicht auch von den syndikalistischen Arbeitern vertreten wird, ist im folgenden noch zu zeigen; vgl. Nachwort.

⁵⁾ Vgl. indessen Nachwort.

werkschaftler in Deutschland bekannt waren, bestehen müssen. Wenn man von den deutschen Syndikalisten spricht, so muß man sich allerdings gegenwärtig halten, daß ihre Mitglieder durchaus nicht einheitlich zusammengesetzt sind, ja daß ihnen in weitestem Maße das fehlt, was sie überhaupt dazu berechtigt, sich „revolutionäre Gewerkschaft“ zu nennen. Denn die deutschen Syndikalisten setzen sich durchaus nicht nur aus gewerkschaftlich organisierten „Lohnarbeitern“ zusammen, sondern ihre Mitglieder sind, hauptsächlich in den Großstädten, zum großen Teil auch Angehörige „Freier Berufe“ (Künstler, Lehrer, Beamte u. dgl.), die — in der betreffenden Stadt meistens zusammengeschlossen zur „Freien Vereinigung aller Berufe“ — sich allein zur Aufgabe machen, den syndikalistischen Gedanken durch Wort und Schrift zu verbreiten. Sie sind es aber, die — besonders nach dem Zusammenschluß der kleineren syndikalistischen Gruppen — mit der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ Ende 1919 zur F. A. U. D. vermöge ihrer höheren Bildung in erster Linie in ihrer Presse zu Worte kommen und vielfach einen entscheidenden Einfluß auf die Organisationsform und Zielsetzung der F. A. U. D. ausüben. Als die eigentlichen Träger der syndikalistischen Bewegung müssen aber ohne Zweifel die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter angesehen werden, besonders die föderierten Bergarbeiter und die Metallarbeiter. Trotz dieser heterogenen Zusammensetzung der Mitglieder, die in taktischen Fragen durchaus nicht immer einer Meinung sind, ist es allerdings möglich, sich aus Satzungen, Flugschriften und Presse ein ungefähr einheitliches Gesamtbild der F. A. U. D. zu machen, um so das Verhältnis zwischen Syndikalisten und Unionisten zu erkennen.

Das Ziel der Unionisten und Syndikalisten ist im wesentlichen dasselbe: beide kämpfen im Gegensatz zu den Freien Gewerkschaften für Abschaffung des Lohnsystems, beide stellen als letztes zu erreichendes Ziel die klassenlose kommunistische Gesellschaft hin²⁾. Grundsätzlich lehnen sie den Staatssozialismus ab, wie er nach ihrer Meinung von den Sozialdemokraten und den Freien Gewerkschaften erstrebt wird, und fordern statt dessen den Aufbau der zukünftigen Gesellschaft auf der Grundlage des Rätesystems. Die Syndikalisten legen besonderen Wert darauf und suchen es

¹⁾ Vgl. Karl Roche, Was wollen die Syndikalisten? Programm, Ziele und Wege der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Berlin 1919.

²⁾ „Gerade die Syndikalisten sind die ausgesprochensten und überzeugtesten

aus ihrem organisatorischen Aufbau zu beweisen, daß sie es gewesen sind, die als erste den Gedanken des Räteystems vertreten haben¹⁾. — Wenn er auch tatsächlich im Keim in ihrem System vorhanden ist, so legen sie ihm doch längst nicht dieselbe Bedeutung zu wie die Unionisten. Die einzelnen Arbeiterbörsen, welche die Aufgaben haben sollen, den Konsum zu organisieren, und die Berufs- resp. Industrieverbände, welche die Organisation der Produktion in die Hand zu nehmen haben, sind so lose miteinander verbunden und so stark auf eigene Bedarfsdeckung eingestellt, daß man von einer einheitlichen Räte-„Organisation“ bei den Syndikalisten kaum mehr reden kann. Während die Unionisten ihre Betr.-Org. entsprechend den ökonomischen Verhältnissen in erster Linie auf die Großbetriebe erstrecken, wenden die Syndikalisten im Gegenteil gerade den kleinen Industrien und Kleinbetrieben ihre Aufmerksamkeit zu und suchen sie in den Kreis ihres Systems mit hineinzuziehen. Sie gehen hierin soweit, in den „Gildenorganisationen“ der freien Städte des Mittelalters, die, wie sie annehmen, als selbständige Körperschaften gleichzeitig mit allen anderen Gilden föderalistisch verbunden waren, noch heute das Ideal einer wahren sozialistischen Gesellschaft zu sehen²⁾.

Sind sich Unionisten und Syndikalisten wenigstens im Prinzip über das letzte Ziel der beiden Bewegungen — die klassenlose kommunistische Gesellschaft — einig, so unterscheiden sie sich doch grundsätzlich in der Stellung, die sie zum „Staat“ einnehmen³⁾. Die Syndikalisten negieren den Staat völlig, da sie in ihm nur das Machtinstrument der jeweils herrschenden Klasse, seien es die Kapitalisten oder die Arbeiter, sehen. In dem Augenblick, da die Produktionsmittel Eigentum der Gesamtheit, die Verbrauchs- und

Vertreter des Kommunismus. . . Der Kommunismus ist die entwickelste Form der modernen sozialistischen Bewegung, zu dessen Grundsätzen wir uns bekennen.“ (Rocker, a. a. O., S. 9.)

¹⁾ Vgl. „Der Syndikalist“, 1919, Nr. 6.

²⁾ Dieses war offenbar auch der Grund, daß sich die Unionisten veranlaßt sahen, in ihrem Programm folgende Stellung betr. der Syndikalisten aufzunehmen: „Die A. A. U. wendet sich gegen den Syndikalismus, soweit er dem Rätegedanken ablehnend gegenübersteht.“ (Satzungen und Programm der A. A. U., a. a. O., Abschn. 7.)

³⁾ Es soll im folgenden nicht die Staatsidee der Unionisten vollständig entwickelt (vgl. hierzu Kap. IV, 3), sondern nur soweit darauf eingegangen werden wie zur Klarlegung des Unterschiedes der beiden Richtungen in ihren Staatsauffassungen nötig ist.

Kulturgüter unpersönliches Eigentum und für jeden zur Verfügung stehen, sind keine Klassen mehr vorhanden, brauchen keine Klasseninteressen vertreten und unterdrückt zu werden. Nicht Eroberung, sondern Abschaffung des Staates durch Übernahme der wirtschaftlichen Macht muß deshalb das nächste Ziel der Syndikalisten sein. Die Unionisten glauben demgegenüber, daß gerade in der Übergangszeit zur klassen- und staatslosen Gesellschaft der proletarische Staat stärker denn je sein müsse, um die eben erworbene Macht auch gegen die Exproprierten behaupten zu können. Jede Klassengesellschaft — und die Diktatur des Proletariats ist eine solche — bedingt den Staat. Bedarf es keiner Zwangsgewalt mehr, sind die Klassenunterschiede vollständig verschwunden, hört auch der Staat auf. „Der Staat stirbt ab.“

Wichtiger als diese mehr theoretischen Unterschiede um das Zukunftsziel der beiden Richtungen sind die im gegenwärtigen Aufbau der Organisationen. Die Syndikalisten sind wie die Hamburger unionistische Richtung Gegner des Zentralismus und ebenso leidenschaftliche Verfechter des Föderalismus, während die große Masse der Unionisten im Laufe der letzten Zeit mehr und mehr dazu kommt, eine Synthese zwischen beiden Organisationsprinzipien herzustellen¹⁾. Bedeutungsvoller aber ist noch, daß die Syndikalisten ihre Anhänger noch immer nach Berufen gliedern. Zwar lehnen sie die Betr.-Org. sichtlich unter dem Einfluß der syndikalistischen Bergarbeiter²⁾ und den Lehren und Erfahrungen der letzten Jahre nicht direkt ab, halten aber auch heute noch prinzipiell an dem in ihren Satzungen ausgedrückten Grundsatz der Organisation der Gewerkschaften nach Berufen fest. Dennoch sind aber gerade in jüngster Zeit Tendenzen einer entwicklungs-mäßigen Annäherung an den Standpunkt, den die A. A. U. in der Organisationsfrage einnimmt, unverkennbar³⁾. Weitgehende Unterschiede bestehen zwischen den beiden Richtungen auch in der Frage, welche Taktik man unter den gegebenen Verhältnissen einschlagen soll, um das Ziel zu erreichen. Wenn auch beide grundsätzlich jede Form der parlamentarischen Betätigung ablehnen und die politischen Parteien bekämpfen — die Berliner Richtung der A. A. U.

¹⁾ Vgl. indessen Nachwort.

²⁾ Die syndikalistische Bergarbeiter-Union nahm an dem 1. Kongreß der A. A. U. als Gast teil.

³⁾ Vgl. „Der Kampf“, I, 43.

sieht ja in der K. A. P. D. keine politische „Partei“ in der alten Bedeutung des Wortes mehr, sondern nur eine föderalistisch aufgebaute politische „Organisation“ —, so glauben außerdem noch die Syndikalisten, selbst die „Eroberung der politischen Macht“ verwerfen zu müssen¹⁾. Demgegenüber sind die Unionisten der Ansicht, daß die Besetzung und Behauptung der Betriebe noch längst nicht gestattet, Produktion und Verteilung nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten über das ganze Land zu regeln. Hinzukommen muß noch die Beherrschung des gesamten politischen Apparats: der Verwaltung und Gesetzgebung, der Polizei und vor allem der bewaffneten Arbeiterarmee; ohne diese gleichzeitige politische Macht kann sich gegebenenfalls die wirtschaftliche Macht des Proletariats keinen Tag halten. Aus dieser gegensätzlichen Auffassung über das Wesen der proletarischen Macht erklärt sich nun letzten Endes auch, warum die Kampfmittel, welche die beiden revolutionären Gewerkschaften anwenden und in Zukunft anwenden wollen, notwendigerweise verschieden sein müssen. Da die Syndikalisten nur die wirtschaftliche Macht wollen und die Diktatur des Proletariats ihnen nur eine sekundäre Frage ist²⁾, sehen sie in der direkten wirtschaftlichen Aktion, „die im sozialen Generalstreik ihren höchsten Ausdruck findet“, ihre einzige und schärfste Waffe. Die Unionisten aber müssen, da sie ihr Ziel von vornherein weiter gesteckt haben, logischerweise auch den bewaffneten Kampf gegen die herrschenden „politischen“ Mächte als letztes Ziel und entscheidendes Mittel der direkten Aktion postulieren. In der Praxis handeln allerdings beide Richtungen — soweit wenigstens die gewerkschaftlich organisierten Massen in Frage kommen — wie die Aufstände der syndikalistischen Bergarbeiter im Ruhrrevier zeigen, nach einheitlichen Grundsätzen³⁾.

Auch sonst ist das Verhältnis der Unionisten zu den deutschen Syndikalisten im täglichen Leben längst nicht so schroff, wie

¹⁾ „Als Gegner jeder staatlichen Organisation verwerfen die Syndikalisten die sogenannte Eroberung der politischen Macht und sehen vielmehr in der radikalen Beseitigung jeder politischen Macht die ersten Vorbedingungen einer wahrhaft sozialistischen Gesellschaftsordnung.“ — Rud. Rocker, a. a. O., S. 4.

²⁾ Vgl. Rud. Rocker, a. a. O. „Der Syndikalist“, 1920, Nr. 40, 41.

³⁾ Immer lauter fordern in jüngster Zeit die syndikalistischen Gewerkschaftler, besonders wieder die Gewerkschaftler, daß sich die F. A. U. auch in ihren Prinzipien-erklärungen offen zur „Gewalt“, zur Waffengewalt als Kampfmittel bekenne. (Vgl. z. B. „Der Syndikalist“, 1920, Nr. 39, 44.)

man aus der Gegenüberstellung der Ziele, Organisationsform und Taktik der beiden revolutionären Gewerkschaftsrichtungen erwarten sollte. Im Rheinland und in Mitteldeutschland versuchte man schon immer, größere Aktionen gemeinsam durchzuführen. Aber auch zwischen den beiderseitigen Geschäftsleitungen ist es jetzt zu einer Aussprache gekommen, um eine Aktionsgemeinschaft der A. A. U. und der F. A. U. D. herbeizuführen¹⁾. Wie weit diese Pläne von Erfolg begleitet sein werden, ist nicht vorauszusehen. Der Übertritt ganzer Ortsgruppen der F. A. U. D. zur A. A. U., die ständige Zunahme syndikalistischer Betr.-Org. und nicht zum mindesten der Versuch, Syndikalisten und Unionisten in einer „Roten Gewerkschafts-Internationale“ aller revolutionären Gewerkschaftler, deren Sitz in Moskau liegen soll, zusammenzuschließen²⁾, lassen vielleicht die Richtung erkennen, in der sich in Zukunft die Entwicklung vollziehen wird³⁾.

¹⁾ In den Richtlinien, die jetzt den Organisationen zur Beschlußfassung vorliegen, heißt es u. a.: „In dieser Erwägung hält es die A. A. U. an der Zeit, mit den Genossen der F. A. U. D. eine Arbeitsgemeinschaft einzugehen, die den Anfang einer Einheitsfront des Proletariats darstellen kann. . . Die Übereinstimmung in den wichtigsten prinzipiellen und taktischen Fragen (ermöglicht) es den Mitgliedern beider Unionen durchaus, den Befreiungskampf der Arbeiter fortan gemeinsam zu führen. Durch Schaffung von Verbindungsgliedern (in den Betrieben, Orten, Distrikten und im Reich) soll eine Einheitlichkeit und ständige Gemeinsamkeit sowohl der Abwehr- wie der Angriffsaktionen angestrebt werden.“ (Zit. „Der Kampf-ruf“, I, 52.)

²⁾ Ebenda I, 38; I, 48; II, 2.

³⁾ Vgl. indessen Nachwort.